

# Danziger Zeitung.



Nr. 18761.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 19. Febr. (W. Z.)** In der gestrigen Sitzung der medizinischen Gesellschaft theilte Professor Fränkel mit, daß er in seiner Klinik in sechs Fällen das neue Liebreich'sche Mittel gegen Aethiopschwindel angewendet und überraschende Erfolge ohne Fiebererregung und örtliche Entzündung beobachtet habe.

**Paris, 19. Februar. (W. Z.)** Die Kaiserin Friedrich und die Prinzessin Margarethe sind in vergangener Nacht 12 1/4 Uhr hier eingetroffen. Sie wurden von dem deutschen Botschafter Grafen Münster empfangen und begaben sich darauf nach dem Botschaftshotel.

**Petersburg, 19. Februar. (Privattelegramm.)** Zuverlässig verlautet, der russische Botschafter in Berlin Graf Schuwalow habe seinen jüngsten Besuch beim Fürsten Bismarck im Auftrage des Zaren gemacht. Schuwalow soll demnächst von seinem Berliner Botschafterposten abberufen werden und dagegen ein hohes Staatsamt in Rußland übernehmen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Februar.

### Strikegefahr und Kohlenmangel.

Die Delegirtenversammlung der Bergarbeiter in Bochum hat bekanntlich Beschlüsse gefaßt, welche, wenn sie auf Widerstand stoßen, wie vorauszu-sehen ist, wiederum die Eventualität eines großen Strikes mit allen seinen Calamitäten näher rücken. Den Berliner „Politischen Nachrichten“ zufolge rechnet man auch bereits regierungsseitig ernstlich mit dieser Möglichkeit. Das genannte Organ schreibt u. a.:

„In der preussischen Staatsverwaltung werden jedenfalls alle Vorbereitungen getroffen, um von einer zeitweiligen Störung der Kohlenförderung nicht über-rascht zu werden. Daß die Zeichen einen ihnen auf-gewöhnlichen Lohnkampf mit voller Kraft und Energie durchzuführen müssen, ist klar. Ebenso, daß die ganze Industrie, so schwer sie zeitweilig davon betroffen werden könnte, ihnen im Interesse der Selbsterhaltung beistehen muß.“

Zunächst bleibt freilich erst abzuwarten, ob die weitere Delegirtenversammlung, welche endgiltige Beschlüsse über die Bochumer Forderungen der Bergleute fassen soll, sich dieselben im vollen Umfange aneignen wird. Andererseits liegen aber auch Symptome vor, welche der Angabe der „Pol. Nachr.“ einigen Halt zu verleihen scheinen. So hören wir, daß die Verwaltung der königlichen Ostbahn dieser Tage in Danzig eine Lieferung von ca. 1/2 Million Centner englischer Kohlen bestellt hat, und gleiche Lieferungen sollen auch in Stettin und Königsberg abgeschlossen sein. Allerdings kann zunächst wohl auch mit eben-soviel Berechtigung vermutet werden, daß diese Maßregel mit der Calamität in der Herbeischaffung schlesischer Kohlen zusammenhängt. Denn der Wagenmangel in Oberschlesien ist noch immer ein höchst drückender, wovon auch die Danziger Kohlenhändler ein Lied singen können, und die Bahn-Verwaltung wird sich natürlich sagen, daß sie diese Krisis nicht nur ver-längern, sondern auch enorm steigern würde, wenn sie einen großen Theil der zur Verfügung stehenden Waggons zur Kohlenbeförderung in ihren eigenen Dienst stellen würde, der außerdem an sich mehr als gewöhnlich Transportmaterial beansprucht, weil wegen des durch den strengen Winter erheblich gesteigerten Kohlenverbrauchs die im Sommer bestimmungsmäßig aufgestellten Borräthe, die bis zur Wiedereröffnung der Fluß-schiffahrt reichen sollen, schon jetzt zu Ende gehen.

Jedenfalls ist dieser Ankauf englischer Kohlen seitens der Staatsbahn um so auffälliger und symptomatischer, als er der erste ist seit fast 12 Jahren, seit welcher Zeit die Bahnverwaltung kein Pfund englischer Kohle über Danzig mehr bezogen hat. Es müssen hier also triftige Gründe vorgelegen haben, wenn auch die Zukunft erst zeigen

## Kunstaussstellung.

V.

\*\*\* In den letzten Tagen hat die Ausstellung durch neue Bilder eine Bereicherung, nicht bloß der Zahl nach, erhalten. Unter denen, die zu-nächst jedem Besucher der Ausstellung als werth-voll ins Auge fallen, nennen wir ein Bildniß von Gustav Gräf, dem berühmten Porträtmaler und Maler des „Märchen“. Gräf zeigt hier, daß er nicht nur die zarten, sanften Fleischöne, welche in seinen weiblichen Gestalten so reizvoll wirken, sondern auch kräftigere Farbgebung in der scharf charakterisirenden Weise der alten Meister trefflich zu verwenden weiß. Was er hier wiederzugeben hat, ist der bureau-kratische Kopf eines älteren vornehmen Herrn, der eben nicht viel Geist verräth. Desto mehr Geist zeigt aber der Künstler, der einen solchen Stoff durch lebensvolle Behandlung so zu ge-stalten wußte, daß der Beschauer durch den über-zeugenden Ausdruck des Charakters gefesselt wird. Nicht zu gering ist bei diesem Erfolg die meisterhafte Technik und der große Fleiß des Malers zu veranschlagen, woran sich mancher der jüngeren Porträtmaler und Figurenmaler ein Bei-spiel nehmen könnte.

Auf dem Gebiet der Landschaft ist der Aus-stellung ein bedeutender Zuwachs geworden durch drei Bilder von Hans Schleiß und ein neues von Monien. Schleiß hat ein Seestück von großer Wirkung unter der Bezeichnung: „Brandung nach dem Sturm“ geliefert. Der Kampf der Elemente

wird, ob man es nur mit einer ausnahmsweisen Maßregel hinsichtlich der Strikeeventualität und der Lage des inländischen Kohlenmarktes oder aber mit einem weiterreichenden principiellen Aufgeben des jetzigen Systems überhaupt zu thun hat. Angehts so mancher gerade gegenwärtig ein-getretener Aenderungen auf dem wirtschaftlichen Gebiete, z. B. dem Ablegen der bisherigen Scheu vor englischen Schienen seitens des Eisenbahn-ministers, könnte man fast auf die letztere Ver-muthung kommen.

## Die Selbsteinschätzung im Abgeordneten-hause.

Im Abgeordnetenhaus hat gestern die Be-rathung des Einkommensteuergesetzes einen etwas rascheren Gang angenommen, da die ganze Reihe von Bestimmungen, welche sich auf die Selbst-einschätzung oder, wie der technische Ausdruck lautet, die Steuererklärung beziehen, in Einer Discussion zusammengefaßt wurden. Streitig war nur ein Punkt, den die Commission be-schlossen und der von der Minorität angefochten wurde: die Erhöhung eines Steuersatzes um 25 Procent bei unterlassener Steuererklärung, und ferner ein Zusatz, den die Herren v. Hammerstein u. Gen. in der Commission schon vergeblich be-fürwortet hatten.

Im Zusammenhang damit wurde auch klar, weshalb die Einkommensteuer-Commission neulich noch einmal zusammentreten mußte, um die Erb-schaftssteuer vorlage zu beraten. Wie bekannt, war in dieser die Erhebung der Erbschaftsteuer auch von den Kindern des Erblassers zu-fallenden Erbschaften beantragt, nicht sowohl aus fiscalischen Rücksichten, als um dadurch dem Steuer-fiscus eine Kenntnismahme von sämmtlichen Erb-schaften zu ermöglichen und damit eine nachträgliche, aber immer noch wirksame Controle der Steuer-erklärungen zu gestatten. Der Antrag Hammerstein, die Erben zur Einreichung eines Inventars über den Nachlaß im Einkommensteuergesetz zu ver-pflichten, was bestimmt, die durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer entstandene Lücke in den Controlvorschriften auszufüllen. Der Finanz-minister befand sich dabei in einer etwas schwie-rigen Situation. Eine Vorfrist, die im Zu-sammenhang mit der Ausdehnung der Erbschafts-steuer auf die Descendenden eine durchaus ein-fache und unanfechtbare sein würde, erhält durch die Einfügung in das Einkommensteuergesetz einen stark negatorischen Charakter. Herr Miquel wollte dieselbe nicht geradezu befürworten, aber von dem Standpunkte aus, daß das, was gut ist, nicht schadet, wollte er sich auch einer Er-weiterung der Garantien für eine richtige Steuer-erklärung nicht geradezu widersetzen. Er hatte nur das Bedenken, daß eine solche Bestimmung eigentlich nicht in dieses Gesetz, wohl aber in das Erbschaftsteuergesetz gehöre. Die Aufnahme in das Einkommensteuergesetz wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, und damit ist diese nega-torische Bestimmung wohl endgiltig beseitigt; denn nachdem die Hauptbestimmung des neuen Erbschaftsteuergesetzes abgelehnt worden ist, dürfte eine Verbesserung der übrigen Theile der Vorlage nicht mehr in Frage kommen. Man wird doch vor allem einmal die Probe auf das System der Steuererklärungen ohne solche „Garantie“ machen wollen.

Ob im übrigen die strafartige Erhöhung des Steuer-satzes bei unterlassener Steuererklärung notwendig war, darüber sind, wie die Ab-stimmung zeigt, die Stimmen fast getheilt. Die sachlichen Erwägungen sprechen nicht für die Verschärfung. Wie der Abg. Rickert aus den officiellen sächsischen Berichten anführte, haben schon im ersten Jahre der Einführung der Selbst-einschätzung über 50 000 Centnen eine Steuer-erklärung eingereicht, ohne dazu gesetzlich ver-pflichtet zu sein. Sollte die Zahl der ehrlichen Steuerzahler in Preußen so viel geringer sein, als in Sachsen? Der rechten Seite des Hauses schienen übrigens diese Erwägungen ziemlich überflüssig. Als der Commisjär des Finanz-ministers nach den Rickert'schen Bemerkungen noch einmal das Wort nahm, um — die Richtigkeit

derselben zu constatiren, gaben die Conservativen sehr vernehmbar Zeichen der Ungebuld. Und als nach Schluß der Discussion der Berichterstatter der Commission, wie schon gestern bemerkt, ein Conservativer, noch einige Erläuterungen geben wollte, mußte er sich von seinen eigenen Partei-genossen den deutlichen Zuruf „Aufhören“ ge-fallen lassen.

## Die Ausgaben für die Unfallversicherung.

Nach dem vom Reichs-Versicherungsamte er-statteten Geschäftsbericht für das Jahr 1890 haben die im Berichtsjahre verausgabten Entschädi-gungen für Unfälle 19,9 Millionen Mark be-tragen. Nach dieser Angabe kann man die ge-sammten Ausgaben für Unfallversicherung im genannten Jahre wenigstens annähernd schätzen. Von den zur Durchführung der Unfallversicherung eingerichteten Organen haben reichsgeschiedlich nur die gewerblichen Berufsgenossenschaften für die ersten elf Jahre ihres Bestehens Beiträge zum Reservefonds zu leisten. Nach § 18 des Unfall-versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 und den entsprechenden Bestimmungen der späteren Unfall-versicherungsgesetze ist dieser Betrag für das Jahr 1890 auf 80 Proc. der Entschädigungen festgesetzt. An den Gesamtausgaben für Unfall-versicherung des Jahres 1889 nahmen die gewerblichen Berufsgenossenschaften mit 85 Procent Theil. Geht man nun voraus, daß für das Jahr 1890, das erste Volljahr der Thätigkeit sämmtlicher landwirtschaftlicher Berufs-genossenschaften, ein Procentverhältnis von 80 pflanz-gegriffen hat, so würden die gewerblichen Berufs-genossenschaften eine Ausgabe an Entschädigungen von 15,6 Millionen zu verzeichnen gehabt haben. Sie würden außerdem 80 Proc. von 15,6 Mill., also 12,4 Mill. für ihren Reservefonds auszu-bringen haben. Wenn man die landesgeschiedlich oder statutarisch geregelten Beiträge zu den Reservefonds der landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften ganz außer Anschlag läßt, so wäre demnach an Entschädigungen und Beiträgen zum Reservefonds bereits eine Unfallversicherungsausgabe von 19,9 + 12,4 = 32,3 Mill. auszu-bringen gewesen. Hierzu kommen aber noch die laufenden Verwaltungskosten, die Kosten für Unfalluntersuchungen, für Schiedsgerichte und Unfallberühung. Nimmt man nun an, daß die-selben im Jahre 1890 nicht höher gewesen sind, als im Jahre 1889, so würden hierfür etwa 5,5 Millionen verausgabt worden sein. Wir würden also gering gerechnet auf das Jahr 1890 eine Gesamtausgabe für die Unfallversicherung von nicht weniger als 37,8 oder rund 38 Mill. erhalten.

Das Jahr 1890 war das fünfte Volljahr der berufsgenossenschaftlichen Thätigkeit. Im Jahre 1886 betrug die Gesamtausgabe für die Unfall-versicherung rund 10,5 Millionen, 1887: 19,7, 1888: 26,8 und 1889: 33,1 Millionen. Rechnen wir dazu etwa 38 Millionen für das Jahr 1890, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß das erste Lustjahr für Unfallversicherung nicht weniger als rund 128 Millionen Kosten verursacht hat. Von den letzteren entfallen gut 120 Millionen auf die Industrie und das Gewerbe.

## Fürst Bismarck und die Aeußerungen des Kaisers.

Das Depeschen-Bureau „Herold“ hat eine Mit-theilung gebracht, wonach Fürst Bismarck gesagt haben soll, er halte alle durch die Zeitungen colportirten Meldungen von abspirenden Urtheilen des Kaisers über sein Verhalten für böswillige Erfindungen seiner Gegner, die er ver-achte, weil der Kaiser die Motive seiner politischen Warnungen zu würdigen wisse und nie an seinem Patriotismus zweifeln werde. Diese Mittheilung wird, schreibt unser Berliner „Correspondent“, in den Kreisen, die die Aeußerungen des Kaisers am letzten Freitag mit eigenen Ohren gehört haben, mit Kopfschütteln aufgenommen. Aus den Bemerkungen des Kaisers ging deutlich hervor, daß Fürst Bismarck seiner Zeit ernstlich gewarnt worden ist, auf dem Wege fortzu-schreiten, den er jetzt betreten hat. Schon das beweist, daß die Auffassung des Fürsten Bismarck

bezeichnet er diese Arbeit; er führt uns tief in das Innere des Waldes an einen kleinen sumpfigen Weiher, wo nur zwei Nahrung suchende Störche das einzige Anzeichen des Lebens sind. Die feier-liche, stille Waldeinsamkeit kann kaum poetischer vermittelt werden, als es hier durch Moniens Pinsel geschieht.

Wir schließen hieran die Fortsetzung unseres Berichtes über die schon früher vorhandenen Bil-der, zunächst landschaftlicher Art. Das kleine Bild von A. Aepfler: „Motiv aus dem Teutoburger Wald. Morgen“ spricht durch das intime Versenken des Künstlers in die landschaftliche Natur ungemein an. Einen sehr freundlichen Eindruck macht auch durch die saubere Behandlung aller Details W. Portmanns „Landschaft am Genfer See“. Sehr stimmungsvoll wirkt H. Steens „Am Mühlenteich“ durch die Behandlung des Lichtes: tiefes Dunkel kämpft gegen die Strahlen des etwas unwirklichen Mondes. Recht glücklich charakterisiren die als Motiv gewählten Gegenden Hellmuth Rähers („Dünenlandschaft auf der Insel Rügen“), Conrad Lessing („Eifelandschaft“) und die Maler H. Peterjen-Angeln und Paul Rieß, welche Motive aus Holland geschickt behandelt haben.

Als gute Architekturmalerei bewähren sich Franz Stegmann („Seitenansicht der Jesuitenkirche in Köln“) und Hans Hartmann („Im bischöflichen Palast“) und „Hochaltar in der Oberkirche zu Rastatt“. Sehr tüchtige Städte- und Straßen-bilder haben W. Th. Nöcker („Straße aus Schaff-

zum mindesten eine irrige ist. Die weiteren Aeußerungen stellen überdies klar, daß der Kaiser über die Motive des früheren Reichs-kanzlers anderer Ansicht ist, wie dieser, und daß er dieselben nicht zu würdigen, ja nicht einmal zu verstehen im Stande ist.

## Allgemeiner Strike in Belgien in Sicht.

Der „Brüsseler Bund“ der Arbeiterpartei hielt am Dienstag Abend eine bis nach Mitternacht währende Versammlung ab, in welcher 52 Ver-eine vertreten waren. Es wurde beschlossen, einen allgemeinen Strike zu veranstalten für den Fall, daß die Kammer die Verfassungsrevision ablehnen sollte. Außerdem erörterte die Ver-sammlung die Propaganda in der Armee. Der Generalrath der Arbeiterpartei wurde beauftragt, eine in allen Werkstätten von Brüssel und der Umgegend zu verbreitende Rundgebung für den Generalstrike zu verfassen.

Beim Schluß der Redaction geht uns hierzu noch folgende Meldung zu:

**Brüssel, 19. Februar. (Privattelegramm.)** Der von dem Generalrath der Arbeiterpartei für den Fall der Ablehnung des allgemeinen Stim-m-rechtes beschlossene Generalstrike soll am 1. August eintreten. An dem Strike sollen 120 000 Kohlen-gräber, 40 000 Metallarbeiter und 10 000 andere Arbeiter theilnehmen.

## Der französische höhere Arbeitsrath.

Wie aus Paris telegraphisch gemeldet wird ist gestern der höhere Arbeitsrath unter dem Vorsitz des Handelsministers Jules Roche zu seiner ersten Session zusammengetreten. Jules Roche eröffnete dieselbe mit einer Ansprache, in welcher er auf die Nützlichkeit der persönlichen Initiative der Arbeiter hinwies, aber auch die Pflicht des Staates betonte, unter den jetzigen industriellen Verhältnissen zum Schutze des An-sehens und des Lebens der Arbeiter mitzuwirken. Der Minister zählte sodann die von dem höheren Arbeitsrath zu beratenden Gegenstände auf. Unter denselben befinden sich die Frage über Er-richtung von Schiedsgerichten bei Conflicten zwi-schen Arbeitgebern und Arbeitern, die Lohnfrage, sowie Berathung der Mittel, den Arbeitern Be-schäftigung zu schaffen, und die Errichtung eines Arbeitsamtes im Handelsministerium.

## Studentenrawalle in Valladolid.

Aus Valladolid werden studentische Unruhen gemeldet. Die Studenten beabsichtigten die Ver-anstaltung einer Manifestation, um ihrer Be-friedigung über die jüngst erfolgte Wahl des Rectors der Universität zum Senator Ausdruck zu geben. Der Gouverneur untersagte die Mani-festation. In Folge dessen veranstalteten die Studenten vor dem Hause des Gouverneurs eine feindselige Kundgebung. Die Gendarmerie zer-streute die Demonstranten und stellte die Ordnung wieder her. — Eine politische Bedeutung hatte die Kundgebung nicht.

## Das Fortschreiten der Revolution in Chile.

In Lissabon eingetroffene, bis zum 27. Januar zurückreichende Depeschen aus Chile constatiren, daß die Revolution fortgeschritten. Außer Santiago und Valparaiso sei das gesammte Land in der Macht der Aufständischen. Präsident Balmaceda erließ am 20. Januar eine Proclamation, aus welcher hervorgeht, daß außer der Armee 10 000 Mann Nationalgarden zu seiner Verfügung stehen. In Santiago sind Vertheidigungswerke errichtet worden. Rings um den Palast und die Staatsgebäude wurde Artillerie postirt. Der Prä-sident beabsichtigte in Peru Massen und Munition anzukaufen, aber da die Dampfer in den Händen der Insurgenten sind, so konnten die Kauf-aufträge nicht ausgeführt werden. 2000 Auf-ständische landeten in Coquimbo, wo sie von den Einwohnern enthusiastisch empfangen wurden. In der Umgegend von Coquimbo haben Gesechte stattgefunden, wobei die Insurgenten siegreich waren. Zwei Regimenter von den Regierungstruppen gingen zu den Aufständischen über. Das

hausen“) und Gustav Behn („Monreal“) aus-gestellt.

Christiane Mali hat sich in einem größeren und zwei kleineren Bildern („Ein Morgen am Ge-birgsee“, „Ein Sonntag im Innthal“) und „Dorf-leben im Frühling“) aufs neue als ein Meister der Thiermalerei gezeigt. Seine Rinder sind von vollster Naturwahrheit, und das Landschaftliche ist dabei so behandelt, daß es sich harmonisch dem idyllischen Ausdruck des Ganzen anschließt. — Mag Stahlschmidt („In der Sommerfrische“) hat gut ge-malte Pferde geliefert. In höchst charakteristischen Typen führt uns J. Deiker „Gauen auf dem Wechsell“ vor. Ein hübsches kleines Bild von Wilh. Ruhnert („Die Amme der Wüstenkönige“) zeigt uns das Spiel einer Neufundländerhündin mit den ihr anvertrauten kleinen Löwen; sehr drollig wirkt der Contrast zwischen den furchtbar ernsten Mienen der kleinen Brut und dem Ge-tänbel, dem sie sich hingeben.

Zu den bereits besprochenen Figurenbildern ist noch eine sehr empfehlenswerthe Arbeit von Friedrich Proß „Er kommt“ nachzutragen. Zwei interessante Mädchenköpfe schauen durch das Fenster dem sehnlich Erwarteten freudig ent-gegen, den sie in der Ferne erkannt haben. Der warme innere Antheil ist in beiden Gesichtern gleich klar ausgesprochen, und doch versteht man sofort, welcher von beiden Mädchen der An-kommende am nächsten steht. Auszugehen an dem vorzüglich gemalten Bilde wäre vielleicht nur, daß das Format für den genrehaften Vorwurf etwas zu groß gewählt ist.

Geer des Präsidenten ist auch sonst durch Man-  
defektionen geschwächt worden; so entließen u. a.  
bei Daidia in Süd-Chile, welches die Insurgenten  
besetzten, viele Soldaten.

### Canada und die Union.

In Canada herrscht jetzt eine lebhafteste Bewegung  
wegen der bevorstehenden Wahlen. Der Premier-  
minister Macdonald greift selbst mit Nachdruck in  
den Wahlkampf ein. Wie dem „Neuerlichen  
Bureau“ aus Toronto vom gestrigen Tage ge-  
weldet wird, hat der Premierminister von Canada,  
Macdonald, in einer gestern Abend stattgehabten  
äußerst zahlreich besuchten Wählerversammlung ein  
Schriftstück verlesen, aus welchem hervorgeht,  
dass die Führer der liberalen Partei Sir Richard  
Cartwright und der Redacteur Farrer den ameri-  
kanischen Staatsmännern einen detaillierten Ent-  
wurf vorlegten, um Canada zu zwingen, eine  
Handelsunion mit den Vereinigten Staaten abzu-  
schließen und einer eventuellen Annexion seitens  
der letzteren zuzustimmen. Macdonald sprach sich  
sehr scharf gegen Cartwright und Farrer aus  
und bezeichnet dieselben als Verräther.

### Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung vom 18. Februar.

Die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes  
wird fortgesetzt.

Abg. Brömel beantragt folgenden neuen § 19 a ein-  
zuführen: „Bis zur besonderen Regelung der ver-  
schiedenem Besteuerung fundierten und unfundierten  
Einkommens ist bei Einkommen aus gewinnbringender  
Befähigung 1/4, des nach § 17 auf dieses Einkommen  
entfallenden Steuerfußes bei der Veranlagung in Abzug  
zu bringen.“

Abg. Brömel (frei.) weist darauf hin, dass man sonst  
immer von der stärkeren Heranziehung des fundierten  
Einkommens gesprochen habe, während in dieser Vor-  
lage nicht mit einem Wort davon die Rede ist. Auf  
die beeinträchtigte Leistungsfähigkeit nimmt man Rücksicht,  
aber auf diesen wichtigen Unterschied der Ein-  
kommensquellen legt man gar kein Gewicht. Die  
Mittelschicht ist sich längst darüber einig, dass das fundierte  
Einkommen, welches dauernd gesichert ist, höher be-  
steuert werden muß, als das persönliche Ein-  
kommen, das mit der abnehmenden Arbeits-  
kraft des Steuerpflichtigen sich vermindert. Namentlich  
trifft dies zu bei den Männern der geistigen Arbeit.  
Und gerade aus diesen Klassen sind fast gar keine Peti-  
tionen an das Haus herangekommen, nicht einmal seitens  
der Journalisten. Wenn Hr. v. Czernin die Einkommen  
des Hrn. Sudermann aus seinem Drama „Die Ehre“  
angeführt hat, allerdings in übertriebener Höhe, so ist  
das ein einzelner Fall, im übrigen sind die deutschen Schrift-  
steller Tagelöhner mit dem Geiste. Wenn ich den Soli-  
tariats lese, freue ich mich immer über die Position:  
„Gemälde, Statuen, gedruckte Bücher u. s. w. zollfrei.“  
Das ist ein Lichtblick im deutschen Solitariats, daß die  
Männer der geistigen Arbeit ihren Schatz blank er-  
halten haben, daß sie keinen Schutz für sich beansprucht  
haben. Deshalb muß verhütet werden, daß diesen  
Männern der geistigen Arbeit eine Last auferlegt  
wird, schwerer als irgend einer anderen Klasse  
des Volkes. Der Finanzminister hat eine Be-  
steuerung des fundierten Einkommens für die spätere  
Zeit in Aussicht gestellt, aber er hat nicht gesagt, wie  
er diese weitere Steuerreform gestalten will. Ich meine  
jedoch, daß man die Frage der Besteuerung des fun-  
dierten und unfundierten Einkommens bei dieser Vor-  
lage nicht bei Seite lassen kann, namentlich da die  
Declaration eingeführt werden und die Grund- und  
Gebäudesteuer überwiegend werden soll. In Folge des  
neuen Einschätzungsverfahrens werden auch die Steuer-  
jahre mit weniger als 3000 Mk. Einkommen stärker  
herangezogen werden, als bisher; eine Steuererhöhung  
muß für sie vermieden werden, um so mehr, als die  
Ueberwälzung der Grund- und Gebäudesteuer aus den  
Mehrträgern der Einkommensteuer eine Entlastung  
des Grundbesitzes bedeutet. Die Entlastung des Grund-  
besitzes auf Kosten des Arbeitseinkommens wäre nicht  
bloß eine Ungerechtigkeit, sondern sogar eine Art Sojhn.  
Die Regelung kann freilich vorläufig nur eine provi-  
sorische sein.

Generaldirektor Burghart: Herr Brömel wie  
Herr Richter fordern die gleichzeitige Lösung von  
Aufgaben, welche die Regierung nach und nach in An-  
griff nehmen will. Wenn man eine gleichzeitige Lösung  
unternehmen wollte, dann hätten wir bis jetzt noch  
nicht einmal die Vorarbeiten erledigen können, und  
eine Vereinbarung in einer einzigen Session des Land-  
tags wäre überhaupt nicht erzielt worden. Die Ab-  
schließung des Antrags, das fundierte Einkommen stärker zu  
besteuern, kann von der Regierung nur günstig beur-  
teilt werden. Der Umstand, daß die Einkommen aus  
der Einkommensteuer zur Ueberwälzung dienen sollen  
neben anderen Einkommen, welche der Staat hat, kann  
doch keinen Grund bieten, auf die unfundierten Ein-  
kommen schon jetzt Rücksicht zu nehmen. Ebenso  
wenig liegt in der Declaration ein Grund dafür.  
Die Beamten, deren Einkommen offen liegt, werden  
jezt zu hoch besteuert; von ihnen erwarten wir keine  
Mehrereinnahmen, wohl aber vom Grundbesitz, vom  
Gewerbe und namentlich vom Kapital. Die Männer  
der geistigen Arbeit sind nicht schlechter gestellt, als  
andere Steuerzahler, die ebenfalls ein unsicheres Ein-  
kommen haben. Mander Gewerbetreibende würde  
gern mit einem Beamten tauschen, der ein festes Ein-  
kommen und kein Risiko hat. Eine solche provisorische  
Regelung ist leicht gemacht, aber schwer wieder zurück-  
zunehmen; es wird dadurch die weitere Entwicklung  
ganz bedenklich beeinflusst. Deshalb bitte ich Sie, auf  
diesen Antrag nicht einzugehen.

Abg. Brömel beantragt nachträglich, seinen Antrag  
auf die Einkommen bis zu 3500 Mk. zu beschränken.  
Abg. v. Zedlitz (freiconf.) spricht sich gegen den Antrag  
Brömel aus, welcher vollständig außer Acht lasse, daß  
jezt schon das fundierte Einkommen aus Grundbesitz  
und Gewerbebetrieb doppelt besteuert ist. Der Antrag  
würde eine neue Ungerechtigkeit schaffen. Mit der  
Lösung dieser Aufgabe muß man warten, bis man die  
Einzelheiten übersehen kann.

Abg. Hammerstein (n.-l.) erkennt an, daß der Antrag  
Brömel in seiner Tendenz ein berechtigter ist, bebauert  
aber, daß man jezt diese Frage nicht regeln könne.  
Mit dem Zustandekommen dieses Gesetzes ist es nicht  
verträglich, daß dieser Punkt, der nur mechanisch  
hiermit in Verbindung gebracht werden kann, ge-  
regelt wird.

Abg. v. Czernin (n.-l.): Der Antrag Brömel würde  
indirect die Kapitalrentensteuer einführen. Geistige  
Arbeit ist nicht bloß bei der Schriftstellerei erforderlich;  
es erfordert ebenso viel geistige Arbeit, ein gutes Stück  
Tuch zu fabriciren, als einen schlechten Roman.

Abg. Brömel: Nach meinen Erfahrungen wird in  
den Einschätzungscommissionen gerade das große  
Kapital mit einer gewissen Milde behandelt. Bei allen  
Klassen Berlins von etwa 5000—30000 Mk. Ein-  
kommen ist wohl auch nicht ein einziger mit seinem  
richtigen Einkommen eingeschätzt. Die Declaration  
wird aber auf die größeren wie die kleineren Ein-  
kommen wirken. Mein Antrag bezieht sich auf alle  
handarbeitenden Klassen ebenso gut, wie auf die  
geistigen Arbeiter, und die unbedeutende Unterstellung,  
als ob er nur gewisse Klassen begünstige, muß ich  
entschieden zurückweisen. Ich habe auch durchaus nicht  
die literarische Arbeit als die vornehmste geistige  
Arbeit hingestellt, sondern mich auf alle Klassen be-  
zogen, bei denen geistige Arbeit ohne eine specielle  
Nutzung in der Production in Betracht kommt. Eine  
roffe Schätzung der Lage der Schriftsteller konnte  
ich nicht entwerfen. Kaum ein anderer Stand ist so  
wenig ausgestattet mit Instituten zur Fürsorge für die  
Zukunft, als der Schriftstellerstand. Wird die in  
meinem Antrag vorgeschlagene Regelung jezt nicht be-  
liebt, so wird vielleicht die ganze Sache auch in Zu-  
kunft bei Seite geschoben werden, da die Ueberwälzung

der Grund- und Gebäudesteuer in weite Ferne gerückt  
worden ist.

Minister Miquet: Die Ueberwälzung der Grund- und  
Gebäudesteuer liegt nicht in nebelhafter Ferne, aber  
diese Frage der Ueberwälzung kann nur gelöst werden  
in Verbindung mit einer Reform der Communalsteuer;  
bevor aber diese Frage nicht gelöst ist, können wir die  
Frage der Besteuerung des fundierten und unfundierten  
Einkommens nicht entscheiden. Es ist mir aber lieb,  
daß der Antrag gestellt ist, weil durch die Discussion  
die Ueberzeugung noch eine entschiedenere und lebendigere  
wird, daß diese Frage gelöst werden muß, um zu einer  
vollen Gerechtigkeit zu kommen. Noch keine Regierung  
hat die Frage vollkommen zurecht gelöst, und ich  
kann nur alle, welche sich dafür interessieren, bitten, der  
Regierung dabei zu helfen, die sich nicht einbildet, die  
weissele zu sein.

Darauf wird der Antrag Brömel gegen die Stimmen  
der Freisinnigen abgelehnt und § 19 unverändert an-  
genommen, ebenso die §§ 20—23.

Die Beratung wendet sich nunmehr dem III. Abschnitt  
zu: Veranlagung (§§ 20—56).

§ 20 (Ort der Veranlagung), §§ 21—23 (Vorberei-  
tung der Veranlagung) werden ohne Debatte genehmigt.  
§§ 24—30 betreffen die Steuererklärung. Bei § 24,  
wonach jeder, der bereits mit mehr als 3000 Mk. Ein-  
kommen veranlagt ist, zur Abgabe der Steuererklärung  
verpflichtet ist, weist

Abg. Wiesenbach (Centr.) darauf hin, daß die Selbst-  
einschätzung ein tiefes Einbringen in die Privatverhält-  
nisse, die man verheimlichen möchte, herbeiführen wird.  
Die Selbsteinschätzung muß aber nicht zur Lortur wer-  
den. Es ist eine genügende Strafe, wenn derjenige,  
der die Declaration unterläßt, sein Recht auf Reclama-  
tion verliert. Die weiteren Strafen, welche die Com-  
mission eingeführt hat, sind überflüssig. Bedenklich ist  
die Einrichtung des Steuergerichtshofes in der ersten  
Instanz und ferner der Umstand, daß man den Eid mit  
der Selbstdclaration verbunden hat. Wenn der Eid  
in das Gesetz kommt, werde ich wieder den Paragraphen  
noch das ganze Gesetz annehmen.

Abg. v. Czernin (nat.-lib.) erklärt sein Einverständnis  
mit den Ausführungen des Redneren, der ebenso  
wie er aus dem praktischen Leben heraus die Sache  
beurtheilt. Er habe sich für die Declaration nur unter  
der Voraussetzung entschieden, daß alle die Spitzen und  
Stacheln beseitigt werden.

Auf Antrag Richter werden alle auf die Steuer-  
erklärung bezüglichen §§ (24—30) gemeinsam beraten  
und hiermit auch verbunden die Beratung des An-  
trages v. Hammerstein, welcher in 4 neuen Paragraphen,  
§§ 30 a, 30 b, 30 c und 35 a bestimmen will, daß beim  
Tode eines Einkommenssteuerpflichtigen dem Vorsitzenden  
der Veranlagungscommission ein schriftliches Verzeich-  
nis über den Nachlaß einzureichen ist. Die weiteren  
Paragraphen treffen die näheren Bestimmungen über  
die Tristen, Inhalt des Verzeichnisses u. s. w.

Abg. Höppler (conf.) spricht seine Befriedigung dar-  
über aus, daß diejenigen, welche ihr Einkommen nicht  
genau übersehen können, nur die Unterlage für die  
Schätzung im allgemeinen nachweisen sollen. Damit  
seien die Bedenken der Landwirthe gegen die Selbst-  
einschätzung beseitigt.

Abg. Friedberg (nat.-lib.): Daß die Einschätzungs-  
commission einen Steuerpflichtigen, welcher die Decla-  
ration unterläßt, ihrerseits einschätzt, ohne daß er da-  
gegen reclamiren darf, ist ein genügendes Mittel, um  
die Declaration indirect zu erzwingen. Darüber hinaus  
sollte man bei Einführung des neuen Verfahrens nicht  
gehen, denn der Vorschlag von 25 Proc. wird überall  
als Strafe empfunden werden. Wir sind nicht hier,  
um das fiscoale Interesse zu wahren, sondern um  
die Interessen der Steuerzahler zu berücksichtigen.

Abg. Schmieding (nat.-lib.): Die Gründe gegen den  
Strafzuschlag von 25 Proc. sprechen gegen die Decla-  
ration selbst. Wer die Declaration will, muß sie auch  
ganz durchführen. Der Antrag v. Hammerstein ist  
geradezu unerträglich. Im Erbschaftsteuergesetz war  
allerdings die Darlegung des Nachlasses vorgeschrieben.  
Das Gesetz ist abgelehnt in der Commission. Hierher  
paßt die Einrichtung des Nachlaßverzeichnisses durch-  
aus nicht, denn darin liegt nur eine unangenehme  
Denunciation der Erben gegen den Erbnachlaßer.  
Wenn die Declaration auch mit dieser Vorrichtung be-  
lastet wird, dann wird sie nicht zu Stande kommen.

Abg. Fritzen (Centr.) spricht sich ebenfalls gegen den  
Antrag Hammerstein aus, aber auch gegen den Straf-  
zuschlag von 25 Proc.  
Minister Miquet: Es handelt sich hier nicht um Sca-  
lismus, sondern darum, daß jeder Steuerpflichtige  
gleichmäßig und gerecht veranlagt wird. Wenn die  
Erbschaftsteuer fällt, wenn der Antrag der Commission  
abgelehnt wird, wenn die Veranlagungscommissionen  
so bleiben wie bisher, so haben wir eine Scheindecla-  
ration, die schlechter ist, als das jeztige Verfahren. Die  
Declaration ist eine staatsbürgerliche Verpflichtung. Die  
Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht ist in manchen  
Fällen nicht angenehm; aber das allgemeine Staats-  
interesse erfordert sie. Der Antrag der Commission  
fordert die rasche Durchführung der Declaration, des-  
halb kann er der Regierung nur empfohlen sein. Die  
Annahme des Antrages wird dem Zustandekommen  
des Gesetzes keine Schwierigkeiten machen. Aus einem  
Landesheil ist mir berichtet worden, daß die Steuer-  
pflichtigen sich verabredet hatten, keine Declaration ein-  
zureichen und abzuwarten, was daraus kommen wird.  
(Scherz) Wenn die Einschätzungscommissionen aus den  
alten Personen bestehen und die Standesgenossen die  
Declaration verweigern, dann erreichen wir nichts.  
(Beifall rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stürum (conf.) spricht sich für  
den Antrag v. Hammerstein aus und empfiehlt die Auf-  
rechterhaltung der Strafbestimmung, welche die Com-  
mission vorgelegt hat.

Abg. Richter: Die Vorredner haben bereits die erheb-  
lichen technischen Mängel des Antrages Hammerstein  
hervorgehoben. Ich kann mich daher auf einige allge-  
meiner Bemerkungen über diesen und über die Zusätze  
der Commission beschränken. Der Hr. Finanzminister  
hat bei der ersten Lesung der Beschränkung von Preußen  
das Zeugnis ausgestellt, daß er das Vertrauen zu ihr  
habe, sie werde die Erfordernisse des Gesetzes erfüllen.  
Diese Erklärung haben wir gern acceptirt und uns ihr  
angeschlossen. Die heutige Rede des Ministers hatte  
einen anderen Grundton. Er kam heute zu dem über-  
raschenden Resultat, daß, wenn die vorliegenden An-  
träge angenommen würden, er den jeztigen Zustand  
dem neuen Gesetz vorziehen würde. Das ist ein  
schlimmes Zeugnis für die Ehrenhaftigkeit der Steuer-  
zahler. (Lebhafte Widerspruch.) Etwa nicht? Wenn  
dieselben auf Pflicht und Gewissen in Zukunft ihr Ein-  
kommen selbst angeben sollen — bisher war niemand  
verpflichtet, Angaben darüber zu machen, er wurde nicht  
einmal danach gefragt — meint man, sie werden nicht  
falsche Angaben machen? (Zuruf: Sie werden nicht  
declairen!) Nun gut — wenn sie das nicht  
thun, werden die Commissionen sich nicht scheuen,  
ihnen beizuhelfen. Solche allgemeine Verabredungen,  
nicht zu declairen, wie der Finanzminister erwähnte,  
werden jedenfalls nur sehr selten vorkommen. Haben  
denn nicht jezt schon die Commissionen Mittel und  
Wege gefunden — wie viel mehr nicht nachher nach  
Einführung der Declaration. Sie ziehen immer nur das  
in Betracht, was der Steuerpflichtige dem Staat ent-  
zieht — Sie müssen auch daran denken, daß oft der  
Steuerpflichtige der Commission machtlos gegenüber-  
steht und namentlich in Landkreisen dem Vorsitzenden  
gegenüber. Er legt seine Bücher vor, er bietet den  
Eid an — man weist ihn zurück, in der Commission  
bis in der Beschwerdeninstanz, wo die Eingaben, wie  
es nicht anders gehen mag, schriftlich erledigt werden.  
Auch solche Fälle kommen vor, sie sind an uns ge-  
bracht. Fragen Sie nur in den Landkreisen nach! Das  
sind offene Geheimnisse! Denken Sie also nicht nur an  
den Fiskus, sondern auch an den Steuerpflichtigen. Ich  
finde es sehr auffallend, daß die Volksvertretung —  
ich will nicht sagen, wie der Abg. Friedberg, fiscoalischer  
ist, wie der Minister — aber weiter gehende Voll-  
machten und Strafen der Regierung in die Hand geben  
will, als sie selbst beansprucht. Weshalb denn auch hier

dieser Feuerzettel? Sollten die Vollmachten wirklich  
nicht ausreichen, wir können sie in jedem Augenblick,  
wenn die Erfahrungen vorliegen, erweitern. Weshalb  
heute laufende auf die Anklagebank sehen, von denen  
man noch nicht weiß, ob sie wirklich so unehrlich sein  
werden. Die Regierung erklärte, sie habe Bedenken  
getragen, weiter zu gehen, als absolut notwendig.  
Das war für den Anfang durchaus richtig. Der Verlust  
des Rechts der Reclamation ist vorläufig Strafe genug  
für den, der nicht declairt. Natürlich, wenn man dem  
Finanzminister ein schärferes Mittel entgegenbringt, ich  
kann es ihm nicht verdenken, wenn er hier unter der  
Heiterkeit des Hauses erklärt, die Annahme der  
schärferen Bestimmungen werde dem Gesetz keine  
Schwierigkeiten bereiten. In der Commission hat der  
Minister die Regierungsvorlage aufrechterhalten. Thun  
Sie dasselbe, stimmen Sie mit dem Finanzminister von  
früher gegen den von heute! Lehnen Sie die Zusätze  
der Commission und den Antrag Hammerstein ab.  
(Beifall links.)

Minister Miquet: Ich bin noch heute der Meinung,  
daß die große Mehrheit wirklich der Wahrheit gemäß  
declairt. Aber schon in der ersten Session sagte ich,  
daß dieser Mehrheit eine Minderheit gegenübersteht,  
die anders denkt, und die Lage der Mehrheit wird  
durch die Haltung einer gewissenlosen Minderheit un-  
glücklicher. (Sehr richtig! rechts.) Wir sprechen ja aber  
hier nur von den Fällen, wo sich Steuerpflichtige der  
Declaration entziehen, und nicht von solchen, in denen  
sich declairt wird. Es giebt eine große Zahl von  
Leuten, die wohl bei der Declaration die Wahrheit  
sagen, aber sich nichts daraus machen, nicht zu  
declairen. Sie wollen erst versuchen, ohne Declaration  
besser fortzukommen. Der Antrag Hammerstein ist er-  
wünscht, da er nach dem wahrscheinlichsten Falle des  
Erbschaftsteuergesetzes wenigstens ein Controlmittel bei  
der Ermittlung des Vermögens giebt.

Abg. v. Hammerstein (conf.) tritt für die Zusat-  
zbestimmung der Commission ein, da die Landesver-  
tretung die Pflicht habe, für die stricte Durchführung  
des Declarationszwanges zu sorgen. Der Zuschlag  
werde in der Regel den der Steuer hinterzogenen Be-  
trag treffen.

Abg. Friedberg (nat.-lib.): Der Finanzminister hat  
seine eigene Vorlage im Stich gelassen. Wenn er die  
25 Proc. Zuschlag mit Rücksicht auf das Fehlen des  
Erbschaftsteuergesetzes empföhlen hat, warum befür-  
wortet er denn wieder den Antrag Hammerstein, der  
die Erbschaftsteuer in gewissem Sinne ersetzt?

Abg. v. Czernin (nat.-lib.): Ich hatte mich ein-  
schreiben lassen für die Regierungsvorlage. Da aber  
der Finanzminister die Vorlage bekämpft hat, so weiß  
ich nicht mehr, was die Regierungsvorlage ist, und ver-  
zichte darum auf das Wort. (Heiterkeit.)

Abg. v. Zedlitz (freiconf.) tritt für den Commissions-  
antrag ein, der eine Verbesserung der Regierungsvor-  
lage enthält.

Abg. Richter: Die Fragestellung der Abg. v. Zedlitz  
und v. Hammerstein erkenne ich als richtig in keiner  
Weise an. Weshalb soll jeder Gegner der Declaration  
sein, der das nicht will, was Hr. v. Hammerstein für  
nützlich dabei hält? So weit ist es glücklicherweise noch  
nicht. Hr. v. Hammerstein meint, wir hätten dargelegt,  
es wäre nicht Pflicht der Volksvertretung, auch für  
stricte Durchführung der Gesetze zu sorgen. Diese Dar-  
stellung ist vollständig unrichtig. Wir haben etwas  
ganzlich Anderes ausgeführt. Die Ausführung des  
Gesetzes — so sagte ich — liegt in der Hand der Re-  
gierung. Wenn letztere nun sagt: Diese und diese  
Mittel reichen vorläufig aus, weiter will ich nicht  
gehen — wie kommt dann die Volksvertretung dazu,  
ihre schärfere Mittel gegen die Gesetze auszuführen?  
Hr. v. Zedlitz und der Finanzminister haben sich auf  
Sachgen berufen. Ich kann das mit mehr Recht thun.  
Der Director des statistischen Bureaus hat über die Ergeb-  
nisse der Einkommensteuer von 1879—1888 einen  
Bericht erstattet, in dem er ausdrücklich hervorhebt,  
die Steuerpflichtigen fänden es mehr und mehr  
nicht nur ehrlich, zu declairen, sondern auch klüger,  
weil sie besser dabei wägen. In Sachgen hat die  
Regierung auch keine anderen Mittel, als unsere Re-  
gierungsvorlage. Daß man schärfere Mittel wünscht, be-  
hauptet Hr. v. Zedlitz, er hat aber für diese Weisheit  
keine Autorität angeführt. Die offiziellen Berichte  
sprechen eine andere Sprache. Danach haben 1879  
141 800 Steuerpflichtige declairt — bei einem Ein-  
kommen von über 1600 Mk. beginnt dort die  
Declarationspflicht — aber nur 91 800 sind mit einem  
Einkommen über 1600 Mk. eingeschätzt. Es haben  
also 50 000 Steuerpflichtige mehr declairt, als es  
nützlich hatten. Gewiß wird ein großer Theil —  
Tausende zweifellos — es unaufgefordert getan haben.  
Angesichts dieser Erfahrungen kann man doch nicht  
schärfere Mittel vorläufig verlangen. (Zustimmung.)  
Schließlich noch einen Protest gegen die Be-  
merkung des Grafen Limburg-Stürum, als ob  
solche schärfere Bestimmungen gegen die Nicht-Grund-  
besitzer im Interesse der Gleichheit nötig wären. Die  
Grundbesitzer würden ohnehin richtig eingeschätzt wer-  
den. Dies Thema wollen wir später einmal ausführlich  
behandeln. Kennt Graf Limburg die Rescripte  
des früheren Finanzministers Fehren v. Patow über die  
viel zu geringe Einschätzung der Großgrundbesitzer nicht?  
Die Herren haben wirklich keinen Anlaß, so zu thun,  
als ob diese gegen die anderen Berufsarten die Ehrl-  
süchtigen wären. Sehen Sie nur an, wie viel größere  
Grundbesitzer nur Affenssteuer zahlen. (Zuruf: Sie  
sind eben arm.) Ja, bei ihrem sonstigen Leben sieht  
man ihnen die Armut nicht an. (Heiterkeit.) Also ich  
möchte wirklich bitten, den Grundbesitz nach dieser Rich-  
tung hin nicht so besonders herauszuheben.

Die §§ 24—29 werden darauf unverändert an-  
genommen. Im § 30 wird der Zusatz der Commission  
(25 Proc. Zuschlag zur Steuer bei verweigerter Decla-  
ration) mit 183 gegen 134 Stimmen in namentlicher  
Abstimmung angenommen. Dafür stimmen die Con-  
servativen, die Freiconservativen, mit Ausnahme der  
Abg. v. Echarstein, Erlöwe und Schöller; ferner die  
Polen und die kleinere Theil der Nationalliberalen.  
Der Antrag v. Hammerstein wird mit 122 gegen  
124 Stimmen abgelehnt; für denselben stimmt die  
Mehrzahl der Conservativen und Freiconservativen;  
gegen denselben stimmen die übrigen Parteien und die  
conservativen Abg. v. Echarstein, Arach, v. Selle,  
Stengel, Erlöwe, Wenerbusch, Christophersen, v. Adler,  
v. Aröber und Schnitzmeier.  
Hierauf wird die weitere Beratung bis Donnerstag  
vertagt.

### Deutschland.

\* Berlin, 18. Februar. Kaiserin Friedrich  
hat mit der Prinzessin Margarethe gestern  
Abend 9 Uhr 38 Minuten vom Bahnhof Friedrich-  
straße die Reise über Bonn und Paris nach Eng-  
land angetreten. In den hell erleuchteten kaiser-  
lichen Wartezimmern des Bahnhofes hatte sich  
zur Verabschiedung der Kaiserin mit dem Prinzen  
Heinrich und dem Erbprinzen und der Erb-  
prinzessin von Meiningen eingefunden. In Köln,  
wo die Kaiserin heute Vormittag eintraf, früh-  
stüdete sie mit ihrer Tochter im Fürstzimmer des  
Bahnhofes und besichtigte sodann den Dom, wo-  
selbst sie von dem höheren Clerus empfangen  
und geführt wurde. Später nahm sie das  
Museum und das Kunstmuseum in Augen-  
schein. Nachmittags 1 Uhr 13 Minuten wurde die  
Reise nach London fortgesetzt.

L. Berlin, 18. Febr. Die Commission für die Re-  
novirung des Brandenburgerthores hat gestern und  
heute Sitzung gehalten. Zunächst wurde über einen  
Antrag des Abg. Barth beraten, welcher detaillierte  
Angaben über die Vertheilung der Gesamtschatzen-  
mengen zum Abgabefuß von 0,50 Mk. auf die Bren-  
nerien nach Maßgabe des Jahrescontingents (nach  
Clern) verlangt. Die Conservativen und Freiconservativen  
widersprachen. Aber auch der nationalliberale  
Dr. Buhl befürwortete schließlich Vorlegung des Ma-  
terials, damit aus dem Verjagen desselben nicht falsche

Schlüsse gezogen würden, d. h. damit es nicht den  
Anschein habe, als sei etwas zu verbergen. Der Antrag  
auf Vorlegung des Materials wurde mit 10 gegen 8  
Stimmen angenommen. Staatssecretär v. Nathahn  
stellte die Vorlegung desselben in etwa 14 Tagen in  
Aussicht. Die Commission ging abends zum Artikel 2  
der Vorlage über. Abg. Barth beantragt die Con-  
tingentirung im § 1 des Gesetzes zu befestigen und  
die Verbrauchsabgabe für allen Branntwein auf den  
bisherigen niedrigeren Satz von 0,50 Mk.  
festzusetzen. Staatssecretär v. Nathahn wieder-  
holt die schon im Plenum abgegebene Erklärung, daß  
der Bundesrath für jezt eine Abänderung der Grund-  
lagen des Gesetzes nicht beabsichtigt. Ebenso der  
bairische Bevollmächtigte Seibel. Bei der Abstimmung  
abgelehnt. Die Socialdemokraten hatten eine Resolution  
beantragt, welche die Aufhebung des ganzen Brannt-  
weinsteuergesetzes forderte; die Resolution war schon  
vorher gegen die Stimmen der Socialdemokraten ab-  
gelehnt worden. Die Commission geht abends zur Be-  
rathung der Anträge des Abg. Müsch im Interesse der  
kleinen Brennerien in Kaschau über. Auch Hr. Müsch  
hebt hervor, daß es sich nicht um eine „Klebbesgabe“  
handelt, sondern um eine Entschädigung für die durch  
das Gesetz geschaffenen Nachtheile. Camp bekämpft die  
Anträge. Die kleinen Brennerien seien bereits bevor-  
zugt. Staatssecretär v. Nathahn bemerkt, die Vor-  
schläge Müschs betreffen die Herabminderung des  
Steuerfußes, welche unübersehbar Folgen haben.  
Die Beratung wird Donnerstag fortgesetzt.

\* [Der Gräfin Waldersee] wurde am Dienstag  
Abend ein festlicher Abschied bereit von Seiten der  
verschiedenen Vereine, an deren Spitze die Gräfin ge-  
standen hat. Die Festlichkeit fand statt im Saale des  
christlichen Vereins junger Männer. Die Curandebühne  
und der Männerchor des christlichen Vereins wirkten  
bei der Feier mit. Ansprachen hielten Hofprediger A. D.  
Stöcker und Hofprediger Frommel, das Schlußgebet  
sprach Generalsuperintendent Braun.

\* [Grober Wahlsunfug.] Aus Wolfstein, 16.  
Februar, berichtet die „Post, 31g.“:

Die groben Unregelmäßigkeiten, welche bei der Reichs-  
tagswahl am 20. Februar 1890 in Wülze und Zepper-  
buden vorkamen, unterlagen heute der Aburtheilung  
der hiesigen Strafammer. Angeklagt waren: 1. der  
Ortschulze Wilhelm Fedner-Unter-Tepperbuden, 2. der  
Ortschulze August Fedner-Ober-Tepperbuden, 3. der  
Eigentümer Wilhelm Aufhe-Unter-Tepperbuden, 4. der  
Ortschulze Carl Pöhner-Wülze und 5. der Ortschulze  
Heinrich Altem in Wülze, und zwar sollten die drei  
ersten in Tepperbuden und die beiden letzten in  
Wülze abgeurtheilt werden. In Wülze wurde herbei-  
geführt haben. Besonders in Tepperbuden scheint  
es am Wahltag, wie aus der Vernehmung  
der 16 Zeugen hervorging, ganz eigenthümlich zuge-  
gangen zu sein, denn es wurden eine ganze Anzahl  
Stimmzettel vom Wahlvorstand bezw. Beständigen  
sogar geöffnet, und der Zufall wollte es, daß diese  
Zettel alle auf den Namen des freisinnigen Candidaten,  
Herrn Landesdirector a. D. Richter-Danzig lauteten.  
Die Stimmzettel scheinen also nur bei „verdächtigen“  
Personen geöffnet zu sein. In mehreren Fällen erklärte  
auch der Wahlvorstand den Wählern, daß sich „dieser  
Herr Richter“ in der dorigen Gegend nicht persönlich  
vorgestellt habe und eine fremde Person nicht gemäch-  
t werden dürfe; ja, vor der Wahl soll sogar er-  
klärt worden sein, daß nur der Freiherr  
von Unruhe-Bomst gewählt werden dürfe.  
Der Eigentümer Friedrich Waber, welcher  
gegen dieses Gebahren protestirte, wurde einfach mit  
Hinauswerfen und Befragung bedroht. Ferner konnte  
jeder, wer Lust hatte, also auch Weiber und Kinder,  
den Stimmzettel für ihre Männer resp. Väter abgeben,  
wovon ein reichlicher Gebrauch gemacht wurde. Ein  
unbekannter Bote aus Ruden-Colonie hat sogar eine  
ganze Hand voll Zettel abgegeben, welche alle in die  
Urne wanderten; diese Zettel aber lauteten sämmtlich  
auf den Namen des Landraths v. Unruhe-Bomst-Moll-  
stein, welcher bekanntlich Candidat der Reichspartei  
war. Sämmtliche Angeklagten bestritten in der heuti-  
gen Verhandlung ihre Schuld; sie behaupteten u. a.,  
geglaubt zu haben, daß die Stellvertreterhaft  
bei der Wahl zulässig sei, und diese Behauptung,  
die besonders von den Angeklagten Pöhner  
und Altem vorgebracht wurde, hatte eine gewisse  
Wahrscheinlichkeit für sich, denn als die Angeklagten  
von dem Herrn Ad. Schulz auf ihre ungeschickliche  
Handlungsweise aufmerksam gemacht wurden, er-  
widerte Pöhner, daß dies schon immer so gewesen  
wäre (!) Gegen den Ortschulzen Wilhelm Fedner be-  
trugte nun der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe  
von 2 Monaten, gegen die Ortschulzen August Fedner  
und Carl Pöhner eine Gefängnisstrafe von 3 bezw.  
1 Monat; der Gerichtshof sprach indessen nach einer  
langen Beratung sämmtliche Angeklagten frei, weil,  
wie der Vorstehende ausführte, zwar sehr grobe Un-  
regelmäßigkeiten vorgekommen seien, aber angenommen  
werden müsse, daß den Angeklagten das Verhältniß  
für die Sache gefehlt habe.

Es ist ein wahrhaft betrübendes Bild, das  
dieser Bericht entrollt, und man kann es nur  
bedauern, daß die Angeklagten nicht haben ver-  
urtheilt werden können, damit einmal in diesem  
von der Wahlkultur noch so gänzlich unbedeutend  
gebliebenen Winkel ein Exempel statuirt und den  
Leuten einig „Befähndniß“ für die Sache“ bei-  
gebracht worden wäre. Im übrigen wird man  
bei der obigen Motivirung der Freisprechung  
daran erinnern, daß Unkenntniß mit dem Gesetze  
ja sonst nicht vor Strafe zu schützen pflegt.

\* [Gegen die Cartelle und Ringe.] Die  
„Post, 31g.“ schreibt: „Die heutige Börse wurde  
durch Gerüchte beeinflusst, nach welchen die Re-  
gierung einen Gesekhtentwurf gegen die Cartelle  
und Ringbildungen der Großindustriellen vor-  
bereite.“ Das ist nicht wahrscheinlich. Herr May-  
bach hat bewiesen, daß man den Ringen auch  
ohne Gesetz zu Leibe gehen kann.

\* [Die Petition der Kanzleidiätare der Justiz-  
verwaltung.] Ueber die Petitionen der Kanzlei-  
diätare und Kanzleihilfen der Justizverwaltung  
ist ein Bericht der Justizcommission erschienen.  
Danach hat die Regierung den Kanzleihilfen in  
Aussicht gestellt, daß denselben in der Regel schon  
nach 10jähriger Beschäftigung im Staatsdienst die  
Pensionsfähigkeit verliehen werden soll. Bis jezt  
war dies erst nach 20jähriger Beschäftigung der  
Fall. Die Commission aber hat mit 5 gegen  
4 Stimmen noch darüber hinaus beschlossen, der  
Regierung zu empfehlen, daß bei den Amts-  
gerichten mit drei oder mehr Richtern je eine  
etatmäßige Kanzlistenstelle einzurichten sei. Eine  
Verbesserung der Lage der Kanzleidiätare hat die  
Regierung in Aussicht gestellt durch die Einfüh-  
rung des Systems der Dienstalterszulagen und  
durch die allgemein in Aussicht genommene Um-  
wandlung der diätarischen Stellen des Kanzlei-  
dienstes in etatsmäßige. Auch die Petition der  
Rassenschreiber bei den Gerichtshöfen überwiegt  
die Commission der Regierung zur Berücksich-  
tigung. Der Regierungsvorsteher erklärte, daß,  
nachdem die mittleren Sätze der Diäten für  
Kanzleidiätare eine Erhöhung erfahren hätten,  
man die Frage prüfen wolle, ob auch den Rassen-  
schreibern eine Erhöhung ihrer Remuneration zu  
Theil werden könne.

\* [Bogel Straf-Politik.] Der „Adm. 31g.“  
und ihren Hintermännern sind die Aeußerungen  
des Kaisers bezüglich des Schienenringes natür-  
lich unangenehm, und deshalb vermuthet sie, der  
liberale Berichterstatter sei mystificirt worden und  
habe die Aeußerung eines Abgeordneten mit der-  
jenigen des Kaisers verwechselt. Man kann

naturlich nichts dagegen haben, wenn die „Aeln. 31.“ Politik nach dem Vorbilde des Bogels Straß freiden will, der den Kopf in den Sand stecht, um der Gefahr zu entgehen. Die Gefahr wird dadurch nicht vermindert. Herr Baare, der ja in diesen Tagen in Berlin anwesend war, kann dem rheinischen Blatt vielleicht über die Aeußerungen des Kaisers zuverlässig berichten.

**Österreich-Ungarn.**  
Pest, 18. Februar. [Abgeordnetenhause.] Der Handelsminister Baroth beantwortete die Interpellation Polonnis betreffend die Tariffrage dahin, daß die ungarische Regierung ihren hierauf bezüglichen Standpunkt nicht aufgeben habe; die Behauptung sei unrichtig, daß der österreichische Minister den eventuellen Rücktritt von den Vertragsverhandlungen mit Deutschland in Aussicht gestellt habe.

Der Cultusminister Csaky erklärte, es sei im Interesse des Landes gelegen, daß der Sitz des ungarischen Fürst-Primas von Gran nach Pest verlegt werde. Darauf bezügliche Verhandlungen seien bereits im Gange. (W. I.)

**Frankreich.**  
Paris, 18. Februar. Der Minister des Aeußeren Ribot läßt ein Selbstbuch über Neufundland vorbereiten, welches sämtliche auf diese Angelegenheit bezüglichen Verträge enthält. Ribot hat sich mit dem Justizminister Fallières betreffs eines Gesetzentwurfes über die Einführung der französischen Gerichtsbarkeit in Madagaskar verständigt. Der Gesetzentwurf wird demnächst den Kammern unterbreitet werden. (W. I.)

Paris, 18. Februar. Erzherzog und Erzherzogin Kaiser, welche sich gegenwärtig in Paris befinden, statteten der Königin Isabella von Spanien, sowie dem Könige und der Königin von Neapel Besuche ab. Heute waren dieselben bei der Königin Isabella zum Frühstück, zu welchem auch die Mitglieder der österreichisch-ungarischen und der spanischen Botschaft geladen waren. (W. I.)

Paris, 18. Februar. Der „Figaro“ hebt hervor, daß sich besonders die Maler Bouguereau und Detaille für die Beschickung der Berliner Kunstausstellung seitens der französischen Künstler ausgesprochen hätten. Auch der französische Botschafter Herbette sei wärmstens für die Beschickung eingetreten. In Folge dessen constituirte sich hier eine Jury, welche alle nach Berlin zu sendenden Bilder prüfen wird. Etwa fünfzig der bekanntesten Maler haben ihre Betheiligung an der Berliner Ausstellung zugesagt. (W. I.)

**Belgien.**  
Brüssel, 18. Februar. Dr. Karl Peters und Oscar Borchers wurden heute von dem Könige in Audienz empfangen, die fast eine Stunde währte. (W. I.)

**Griechenland.**  
Athen, 18. Febr. Die Wahl von neun in den Provinzen Attika und Böotia gewählten, zur Partei Trikups gehörigen Deputirten wurde für ungültig erklärt. Unter den gedachten 9 Deputirten befindet sich auch Synagos, der jüngst die durch den Brand in Salonichi zerstörten Häuser wieder aufbauen ließ. (W. I.)

**Montenegro.**  
Cettaje, 18. Februar. Die türkische Regierung hat zwei Bataillone Truppen entsandt, um die Maßregeln, welche einen Einfall in Montenegro gemacht haben, zu zerstören und die Ruhe an der Grenze wieder herzustellen. (W. I.)

**Ägypten.**  
Cairo, 18. Februar. Der diplomatische Vertreter Frankreichs, Graf v. Aubigny, hat gestern officiell Vorstellung erhoben gegen die jüngsten Maßregeln betreffend die Organisation der einheimischen Gerichte, da dieselben eine unbedingte Einmischung Englands in die innere Verwaltung Ägyptens darstellten. (W. I.)

**Coloniales.**

\* [Der Gesundheitszustand der deutschen Schutztruppe] für Ostafrika gestellte sich in der Zeit vom 21. Oktober bis 20. November v. J. wie folgt. Das Verhältniß der Malaria-Erkrankungen zur Gesamtzahl der Truppe war auf den verschiedenen Stationen u. folgenden: Schiffsbesatzung 0,0 pCt., Saadani 1,5 pCt., Pangani 1,8 pCt., Zanibar 2,5 pCt., Tanga 3,7 pCt., Kilwa 4,1 pCt., Bagamono 4,6 pCt., Mikindani 7,9 pCt., Lindi 12,4 pCt., Dar-es-Salaam 13,4 pCt., Mpwapwa 19,7 pCt., Masinde 20,0 pCt. Mit Bezug auf Malaria gestellten sich die Procentzahlen für die Europäer wie folgt: Schiffsbesatzung und Masinde 0,0 pCt., Zanibar 3,9 pCt., Kilwa 7,1 pCt., Saadani 1,1 pCt., Pangani 18,2 pCt., Bagamono 19,4 pCt., Lindi 23,1 pCt., Dar-es-Salaam 23,5 pCt., Mpwapwa 25,0 pCt., Tanga 33,3 pCt., Mikindani 48,2 pCt.

Am 20. Februar: Danzig, 19. Febr. M.-A. b. Tage, S.-A. 7.12. U. 5.16. Danzig, 19. Febr. M.-A. b. Tage, S.-A. 7.12. U. 5.16.

Weiterausichten für Freitag, 20. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Bedeat, Niederschläge, hälter; rauher lebhafter Wind. Sturmwarnung. (W. bis NW.)

**Siehe Sonntag, 21. Februar:**  
Kälter, rauher Niederschläge; lebhaft windig, böen. Sturmwarnung. (W. bis NW.)

\* [Bezirks-Eisenbahnrath.] Am 3. März findet eine außerordentliche Sitzung des Bezirks-Eisenbahnraths des Eisenbahn-Directionsbezirks Bromberg statt. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung ist eine Vorlage des Eisenbahnministers betreffend die neuen Pläne desselben zur Umgestaltung der Personentafel auf den preussischen Staatsbahnen, über die der Bezirks-Eisenbahnrath sein Gutachten abgeben soll.

\* [Gewerbegericht.] An Stelle des hier bestehenden gewerblichen Schiedsgerichts ist die Bildung eines Gewerbegerichts nach Maßgabe des Gesetzes vom 29. Juli 1890 für den Stadtbezirk in Aussicht genommen, und zwar mit sachlich und örtlich unbeschränkter geschichtlicher Zuständigkeit. Sobald das noch in Vorbereitung befindliche Normalstatut vorliegen wird, werden die zur Errichtung des Gewerbegerichts weiter erforderlichen Vorarbeiten beginnen.

\* [Von der Weichsel.] Die Eisbrecher sind gestern über Mewe hinaus gelangt und setzen auch heute ihre Arbeiten weiter fort. Die Eisbrechungen bei Schults und Fordon nehmen ihren regelmäßigen Fortgang. — In der Brahe ist bereits Eisgang eingetreten. Der Eisgang war

jedoch gänzlich unbedeutend; augenblicklich ist die Oberbrahe vollständig eisfrei.

\* [Weichselbrückenbau bei Fordon.] Die Eisenbahndirection Bromberg hat für den Preis von 33 000 Mk. den Dampfer „Kaiser“ von dem Capitän Friers in Elbing gekauft. Der Dampfer ist dazu bestimmt, bei dem mehrere Jahre in Anspruch nehmenden Bau der neuen Weichselbrücke bei Fordon den Verkehr zwischen den beiden Ufern zu vermitteln und die erforderlichen Baumaterialien zu schleppen.

\* [Begräbnis.] Heute Vormittag fand das Begräbnis des Stadtverordneten Friedrich statt. In dem zahlreichen Trauergesolge befanden sich mehrere Mitglieder des Magistrats und die Mehrzahl der hiesigen Stadtverordneten.

\* [Rekruten-Vorstellung.] Während die Rekruten des hiesigen Train-Bataillons bereits am 7. d. Mts. im Reiten und Gehen im Fußgezeirten beschäftigt wurden, finden die Rekruten-Vorstellungen der hiesigen Infanterie-Regimenter in der nächsten Woche, vom 24. bis incl. 26. d. Mts., statt. Die Rekruten des hiesigen Fußaren- und Artillerie-Regiments werden erst später, Ende künftigen Monats, so weit ausgebildet sein, daß sie in die Schwabronen bzw. Batterien eingestellt werden können.

\* [Verammlung der Hauszimmereisen.] In der gestern Abend in der Zimmergefellensherberge abgehaltenen Versammlung referirte der Vorsitzende über eine Beprehung, welche die Vertreter der Gesellen am 11. Februar d. M. mit den Meistern in Betreff der Lohnfrage gehabt haben, und theilte mit, daß die Meister sich nur zur Zahlung eines Durchschnittslohnes von 35 Pfennig für die Stunde verstehen wollten, dagegen die Gewährung eines Minimallohnes entschieden abgelehnt hätten. Es entspann sich darüber eine längere Debatte, in welcher eine Anzahl von Rednern dafür eintrat, daß an dem in der letzten Versammlung vereinbarten Stundenlohn von 38 Pf. festgehalten werden solle, während andere Redner wieder verlangten, daß an der Forderung 3 Pf. abgelaufen werden. Beide Parteien stimmten jedoch darin überein, daß an der Forderung des Minimallohnes festgehalten werden müsse. Die Versammlung einigte sich schließlich auf die Forderung eines Minimallohnes von 35 Pf. für die Stunde und nahm eine Resolution an, in welcher verlangt wird, daß dieser Lohnsatz ohne Abzug für die bis dahin üblichen freien Biersstage und den um eine Stunde früher eintretenden Schluß der Arbeit an den Sonntagen gelte.

\* [Bienenwirtschaftlicher Hauptverein Danzig.] Die Haupt- und Delegirten-Versammlung des bienenwirtschaftlichen Hauptvereins Danzig für das Jahr 1891 wird am 3. Osterfeiertage (31. März) in Dirschau stattfinden, und zwar von 9 Uhr Vormittags an im Schützenhause daselbst. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Ausstellung pro 1891 (Berein Dirschau), Vereinigung des Hauptvereins mit dem Centralverein westpreussischer Bienenwirthe, Wahl von Repräsentanten pro 1891, Feststellung der Theilnehmer für den diesjährigen Lehrkursus aus den eingegangenen Bewerbungen. Ein solcher Lehrkursus wird auch im nächsten Sommer veranstaltet werden. Zu demselben können auch Lehrer, Landwirthe, Gärtner u. d. bereits einen eigenen Bienenstand haben und sich in der Bienenzucht zu vervollkommen bestreben, ihre Meldungen bis zum 25. März dem Vorsitzenden des Hauptvereins, Herrn Kreischausinspector Witt-Zoppot, einreichen. Da der Hauptverein eine Staatsbeihilfe in gleicher Höhe wie bisher zu erhalten hofft, so sollen den Theilnehmern 2,50 Mk. Tagegelde gewährt werden.

\* [Veränderungen im Grundbesitz] in der Stadt und deren Vorstädten haben stattgefunden: A. Durch Verkauf: 1. Langgarten Nr. 76 von dem Commernierath S. Claassen an den Kaufmann A. Claassen für 16 500 Mk.; 2. Mausegasse Nr. 16 von dem Kaufmann R. Schneider an den Kaufmann J. J. für 16 000 Mk.; 3. Löpfergasse Nr. 21 von dem Schneidermeister W. Schindler an die Frau Schneidermeisterin Dorothea Schindler für 15 700 Mk.; 4. Fischmarkt Nr. 6 von dem Kaufmann R. Donnerstag zu Berlin an den Kaufmann C. Amort für 54 000 Mk., welcher demnach durch Cession seine Rechte aus dem Kaufvertrage an Frau Kaufmann B. Amort abgetreten hat; 5. ein Theilstück des Grundstücks Schütz Nr. 97/98 von 15 Ar 30 qm. Acker von dem Restaurateur Steppuhn an die Buchbinder-Aspirant Lopp'schen Eheleute, die Maschinen-Wolff'schen Eheleute und an den Kaufmann J. Gramsdoerf für 2250 Mk.; 6. Dittoerstraße Nr. 72 von dem Speicherverwaarenhändler Scheibe an das Fräulein B. Schikanski für 10 000 Mk.; 7. Langgarten Nr. 8 von dem Geschäftsmann M. und A. Barg und von dem Rechtsanwalt Reimann als Vormund der minorennen Geschwister Barg an den Kaufmann P. Pawlowski für 109 000 Mk., wovon 94 000 Mk. für das Grundstück und 15 000 Mk. für den beweglichen Besitz gerechnet sind; 8. Kettlergasse Nr. 15 und Hintergasse Nr. 8 von der Stadtgemeinde Danzig an den Brauereibesitzer und Stadtrath E. Rodenacker für 21 250 Mk.; 9. Fischergasse Nr. 12 von der separirten Frau A. Dischewski an die verehelichte Fabrikant A. Reichmann für 9000 Mk.; 10. Weizergasse Nr. 2 von der Wittwe M. S. Tornau an ihren Sohn den Kaufmann S. C. Tornau für 24 000 Mk.; 11. Heiligegeistgasse Nr. 99 von den Auserher Heirath'schen Eheleuten an die Jüngerer E. Echold'schen Eheleute für 31 300 Mk.; B. Durch Erbschaft: 12. Fischergasse Nr. 23 nach dem Tode des Kaufmanns F. W. Schimmelpennig auf dessen hinterbliebene Wittve, Frau Rentier Ariege für 14 000 Mk.; 13. Pfefferstraße Nr. 14 nach dem Tode des Geschäftsmanns Geng auf dessen hinterbliebene Wittve übergegangen; 14. Fleischergasse Nr. 82 nach dem Tode des Klempnermeisters E. Schüh auf dessen hinterbliebene Wittve und deren Sohn M. Schüh dem Ritterben Klempnermeister A. Schüh für die Lage von 11 652 Mk. 37 Pf. überlassen; 15. Elisabeth-Ärthergasse Nr. 4 nach dem Tode des Tischlermeisters Schüh auf dessen hinterbliebene Wittve und die 3 Geschwister Schüh; 16. Schlappke Nr. 879 nach dem Tode des Buchbindermeisters E. Blüth auf dessen hinterbliebene Wittve, 17. Röhrl Nr. 1 und 2 nach dem Tode des Maurers A. C. Einhaus auf seinen Bruder, den Bauunternehmer C. F. W. Einhaus für die Lage von 29 396 Mk. 59 Pf.; 18. Schiffsdam Nr. 37 nach dem Tode des vorgenannten Eigenthümers auf die hinterbliebene Wittve und die 8 Geschwister Einhaus für die Lage von 14 607 Mk. 35 Pf.; 19. Rammbau Nr. 44 nach dem Tode des Bauunternehmers A. L. C. Einhaus auf seinen Bruder, den Bauunternehmer C. F. W. Einhaus für die Lage von 25 585 Mk. 56 Pf.; 20. Rammbau Nr. 42 von dem Holzhändler C. F. W. Einhaus im Wege der Nachfolgeregulirung auf die Wittve C. Einhaus und die 8 Geschwister Einhaus für die Lage von 22 208 Mk. 35 Pf.; 21. Klein Rammbau Nr. 8 nach dem Tode des Eigenthümers A. L. C. Einhaus auf dessen hinterbliebene Wittve und die 8 Geschwister Einhaus für den Tagewerth von 4818 Mk. 90 Pf. übergegangen. C. Durch Substitution: 22. Heiligenbrunnerweg Nr. 3/5 erstanden von der Frau Marine-Rendant E. Sudicatis für 30 900 Mk.; 23. H. Petershagen Platz 3 und Nr. 1222b. und Nr. 1276 und Stolzenberg Nr. 399 und 393/394 erstanden von dem Brauereibesitzer S. W. Mayer für 18 320 Mk.; 24. Grünerweg Nr. 11 erstanden von dem Maurermeister G. Boehling für 32 600 Mk.

\* [Berufsgenossenschaftliches Schiedsgericht.] Heute fand eine Sitzung des Schiedsgerichts der nordöstlichen Holzberufsgenossenschaft statt, aus deren Verhandlungen wir folgende Fälle hervorheben: 1) Der Arbeiter Joseph Domarus hatte von der Genossenschaft für eine im Jahre 1887 erlittene Quetschung der rechten Hand eine Rente von 75 Procent erhalten. Am 16. Oktober 1890 verstarb derselbe an Gehirnverwundung. Die Wittve verlangte nun von der Genossenschaft die Zahlung einer gleichmäßigen Rente, da der Tod, wenn auch nicht unmittelbar, so doch später durch den Unfall veranlaßt worden sei. Sie motivirte ihren Antrag damit, daß ihr Mann von der kleinen Rente sich

und seine Frau nicht habe ernähren können und nun taglich darüber nachgedrückt habe, wie er die traurige Lage seiner Familie bessern könne. Diese fortwährenden Grübeleien hätten eine Gehirnverwundung zur Folge gehabt, so daß der Tod mit dem Unfall in Zusammenhang zu bringen sei. Das Schiedsgericht schloß sich jedoch diesen Ausführungen nicht an und erkannte auf Abweisung der Klagen.

2) Der Arbeiter Januhin erkrankte am 27. Mai 1890 an Luftpneumonie. Im Laufe der Krankheit klagte er dem Arzte über Schmerzen in der rechten Geißelengegend. Die Untersuchung ergab, daß allerdings ein Leistenbruch besteht, derselbe aber schon sehr alt sei. Trotzdem Januhin vorher gar keinen Unfall erlitten hatte, verlangte er dennoch Zahlung einer Rente von der Genossenschaft und wurde klagsbar gegen dieselbe, als seine Forderung abgelehnt wurde. Das Schiedsgericht erkannte auf Abweisung des Klägers.

3) Der Arbeiter Simon Borowski erlitt am 19. April 1890 in der Schneemühle des Herrn Selig Salomon-Fort Gr. Jagdlich an der Kreisstraße einen Unfall, wobei von der linken Hand der Zeige- und Mittelfinger zur Hälfte abgetrennt wurden. Nach gänzlicher Verheilung und Bernarbung der Wunden bewilligte ihm die Genossenschaft eine Rente von 25 Proc. Hiermit war derselbe jedoch nicht zufrieden und verklagte die Genossenschaft auf die Zahlung einer höheren Rente. Das Schiedsgericht trat den Ausführungen des Klägers insofern bei, als es die Rente auf 33 1/2 Proc. erhöhte.

[Polizeibericht vom 19. Februar.] Verhaftet: 12 Personen, darunter 8 Obdachlose, 2 Bettler. — Gestohlen: Eine silberne Cylinderruhr Nr. 4052 und 36 392, eine Nickelkette, 2 Schlipse, 1 Streichholzkasten, 1/8 Puhiger Bier, — Gefunden: 1 Kopfschul, 1 Muff, 3 katholische Schulbücher, 1 Damenpelztragen, ein Maschinentriebrennen, 1 Gelbbüchse mit Inhalt, 1 Zirkel, 1 Kinder-Summiguhd. Im Geschäft von Domnitz u. Schäfer sind folgende Sachen liegen geblieben: Zwei Armbänder, 1 Kopfschul, 2 Notizbücher, 1 Schlüssel, 3 Paar wollene und 2 Paar Glacéhandschuhe, 1 Sacher, 1 Tintenabdrucker, 1 Nadelboxe, 12 Taschenrechner, 12 Briefcouverts; abgehoben von der hgl. Polizeidirection. In Neufährwasser ist eine Wagenlaterne gefunden worden, abgehoben von Panischi, Käfergang Nr. 2.

L. Carthaus, 18. Februar. In Dieckhagen war am Abend des 15. d. M. ein größeres Feuer. Es brannten 2 Gebäude — ein Viehstall und eine Scheune — auf der Bestung des Eigenthümers Formella ab. Wie das Feuer entstanden, ist bisher nicht ermittelt worden.

Marienburg, 18. Febr. Der Bau eines Amtsgerichtsgebäudes in unserer Stadt ist nunmehr beschlossene Sache. Dieser Lage ging bereits die Zeichnung dafür aus dem Ministerium ein. Das Gebäude, welches sich an die Rückseite des neuen Gerichtsgeländes, mit dem es verbunden wird, anschließen soll, also die Front nach der Gerbergasse erhält, wird nach der „Mogalt.“ ein stattlicher, mit Säulen und einem schönen Portal geschmückter dreistöckiger Bau werden. Bereits im Jahre 1893 soll das neue Gebäude in Benutzung gelangen.

Thorn, 18. Febr. Auf die seitens der Stadt dem Kaiserpaare und der Kaiserin Friedrich anlässlich des Jahreswechsels übermittelten Glückwünsche nebst Pfefferkuchenversendungen sind von den kaiserlichen Majestäten drei Dankschreiben eingegangen. Der Hofmarschall des Kaisers theilt mit, daß der Pfefferkuchen an der Tafel Sr. Majestät Verwendung und Beifall gefunden habe. Kaiserin Friedrich schreibt: „Ich danke Ihnen von Herzen für diesen erneuten Ausdruck treuer Anhänglichkeit und sende Ihnen gern meine besten Wünsche für das Wohlergehen der Stadt.“ Diese Schreiben wurden in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten mitgetheilt. Die Versammlung nahm die Verlesung derselben stehend entgegen.

Die hiesige Handelskammer hatte bei dem jetzigen Handelsminister die Aufhebung der f. S. vom Fürsten Bismarck eingeführten Steuer der Handelskammer-Jahresberichte beantragt. Wie in der letzten Sitzung mitgetheilt wurde, hat der Minister den Antrag abgelehnt. Die Handelskammer darf jedoch ihre Jahresberichte auch fernerhin erst veröffentlichen, nachdem ein Exemplar 4 Wochen dem Minister vorgelegen hat. — Wie sich allmählich herausstellt, ist durch den Fall der Thurner Bank M. Weinschenk eine große Anzahl Personen, die ihre Ersparnisse der ersteren übergeben hatten, schwer getroffen, ja manche sind geradezu ruiniert; Wittwen, alte Leute, die in jahrelanger Mühe und Arbeit einige Nothgroschen gespart und der Thurner Bank anvertraut hatten, stehen jetzt fast mittellos da, — wieder andere haben Deposten bis zum Betrage von 40 000 Mk. und noch höher eingezahlt, die voraussichtlich zum großen Theil verloren sind.

\* Der Regierungs-Assessor Wuthenau in Cöstin ist zum Regierungsrath ernannt worden.

3 Aus Littauen, 16. Februar. Wegen der im Kreise Niederung herrschenden Maul- und Klauenseuche ist der Auftrieb von Schweinen zu den Wochenmärkten in Rauchhagen, Capptenen, Reuditz, Seeburg, Groß Friedrichsdorf und Heindrichswalde bis auf weiteres untersagt worden.

Y Bromberg, 18. Febr. Uebermorgen (20. d. M.) kommt der hiesige Strafhammer der Festungsprojek gegen die Gebrüder Arosjanker zur Verhandlung. Die Verteidigung wird Rechtsanwalt Dr. Friedmann aus Berlin führen.

**Bermiichte Nachrichten.**

\* [Dem Professor v. Helmhold] ist das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen worden.

\* [Graf Pfeiff vom Saß] befindet sich nicht mehr auf freiem Fuß, sondern ist gestern nachmittags nach dem Polizeiarrest am Alexanderplatz in Berlin übergeführt worden. Dem Vernehmen nach ist jedoch ein neues strafrechtliches Verfahren gegen ihn nicht eingeleitet, seine Festnahme ist vielmehr nur wegen Mißbrauchs der ihm durch den Urlaub gewährten persönlichen Freiheit erfolgt.

Röln, 18. Februar. Die englische Pest über Ostende vom 17. d. Mts. ist ausgebrochen. Grund: Ingerpflanzung von 3 Stunden in Folge des Zusammenstoßes zweier Blüge bei Neffonvaux 11 1/2 Uhr Abends.

Serajewo, 18. Februar. Oestern Nachmittag wurde in Traonik ein heftiger Erdbeben von Nordost nach Südwest, welcher 4 Secunden dauerte, verspürt. (W. I.)

Newyork, 18. Februar. Die Flüsse in verschiedenen Landstrichen von Ohio und West-Virginien sind noch im Steigen begriffen; an vielen Orten ist der Eisenbahnverkehr durch die Fluthen unterbrochen. In Pittsburg und Alleghany stehen die Häuser unter Wasser; Laufende von Einwohnern wurden gezwungen zu fliehen. In der Nähe der Cambria-Eisenwerke sind sämtliche Häuser verlassen. (W. I.)

**Schiffsnachrichten.**

Rönnö, 18. Febr. Der Schooner „Anna Sophie“ von England via Herford nach Röhren nach hier bestimmt, ist in sinkenden Zustande und mit erkranktem Capitän in Rügenwalde eingelaufen.

Hamburg, 18. Febr. Der bei Nordbörnen gesunkene Dampfer ist vermuthlich die „Benzus“, welcher am 15. d. M. von Ymuden nach Hamburg abging.

Auf Lieferung 12 1/2 % bunt per April-Mai tranfit 149 1/2 M Br., 148 M Gd., per Mai-Juni tranfit 149 1/2 M Br., 148 1/2 M Gd., per Juni-Juli tranfit 150 1/2 M Br., 150 M Gd., per Juli-August tranfit 150 M Br., 149 1/2 M Gd., per Septbr.-Okt. tranfit 145 M Br., 144 M Gd.

Wesgen loco schwach behauptet, per Tonne von 1000 Aer. großhändl. per 120 1/2 inländ. 140—159 M. Regultungspreis 120 1/2 Lieferbar inländisch 160 M., unterpohl. 115 M., tranfit 113 M.

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 163 M Br., 162 M Gd., tranfit 117 1/2 M Br., 117 M Gd., per Mai-Juni inländ. 162 M Br., 161 M Gd., tranfit 117 1/2 M Br., 117 M Gd., per September-Oktob. inländ. 144 M Br., 143 1/2 M Gd., tranfit 111 M Br., 110 1/2 M Gd.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. weiße Mitteltranfit 107 M.

Aiete per 50 Kilogramm (zum See-Export) Weizen-4,07 1/2—4,45 M be.

Spiritus per 10 000 % Oker contingent loco 67 M Gd., kurze Lieferung 67 M Gd., per Febr.-März 67 M Gd., nicht contingent loco 47 M Gd., kurze Lieferung 47 M Gd., per Februar-Mai 47 M Gd.

Rohrzucker ruhig, stetig. Rendement 88° Tranfitpreis franco Raffinirer 13—13,10 M bez. je nach Qualität, per 50 Kgr. incl. Sack.

Dorsicher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 19. Februar.

Getreidebörse. (S. v. Morflein.) Wetter: Bezogen. — Wind: W.

Wesgen. Inländischer ungerändert, Tranfit auf behauptet. Bezahl. ist inländ. hellbunt 128 7/8 191 M, weiß 122 3/4 186 M, 126 1/2 193 M, hochbunt 127 1/8 193 M, Sommer-120 1/2 182 M, befeht 121 1/2 182 M, für polnischen zum Tranfit bunt 111 1/2 129 M, gutbunt 126 7/8 147 M, hellbunt befeht 122 3/4 129 M, 123 1/2 142 M, 127 1/8 146 M, hellbunt 112 3/4 134 M, 120 1/4 122 M und 123 1/2 142 M, 124 1/2 145 M, 125 1/2 146 M, 127 1/8 146 M und 123 1/2 150 M, weiß 119 1/2 140 M, 126 1/2 153 M, 128 1/2 154 M, hochbunt 126 1/2 150 M, für russischen zum Tranfit bunt befeht 121 1/2 142 M, hell 120 1/2 144 M, roth mitte 127 1/2 142 M und 127 1/8 145 M per Tonne. Termine: April-Mai tranfit 148 1/2 M Br., 148 M Gd., Mai-Juni tranfit 149 M Br., 148 1/2 M Gd., Juni-Juli tranfit 150 1/2 M Br., 150 M Gd., Juli-August tranfit 150 M Br., 149 1/2 M Gd., September-Oktob. tranfit 145 M Br., 144 M Gd., Regultungspreis zum freien Verkehr 191 M, tranfit 147 M.

Wesgen. Inländischer war loco nur in geringer und feuchter Qualität angeboten und erzielte unregelmäßige Preise. Tranfit loco Handel. Bezahl. wurde für inländischen 122 3/4 186 M, 119 1/2 158 M, 117 1/2 117 M und 117 1/8 155 M, 118 1/2 152 M, 114 1/2 151 M, 102 1/2 140 M Alles per 120 1/2 per Tonne. Termine: April-Mai inländischer 163 1/2 M Br., 163 M Gd., tranfit 117 1/2 M Br., 117 M Gd., Mai-Juni inländ. 162 M Br., 161 M Gd., tranfit 117 1/2 M Br., 117 M Gd., per September-Oktob. inländ. 144 M Br., 143 1/2 M Gd., tranfit 111 M Br., 110 1/2 M Gd., Regultungspreis inländischer 160 M, unterpohlischer 115 M, tranfit 113 M

Gesäe ist gehandelt inländische weiß 112 1/2 146 M, 114 1/2 150 M per Tonne. — Erbsen inländische Futter-117 M, poln. zum Tranfit mittel 107 M per Tonne bezahl. — Weizenklee loco See-Export grobe 4,45 M, mittel 4,20, 4,30 M, feine 4,07 1/2, 4,10 M per 50 Sack befeht. — Spiritus contingent loco 67 M Gd., kurze Lieferung 67 M Gd., per Febr.-März 67 M Gd., nicht contingent loco 47 M Gd., kurze Lieferung 47 M Gd., per Februar-Mai 47 M Gd.

**Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.**

Berlin, 19. Februar.

Wesgen, gelb	197,50	197,50	Ang. 4% Erb.	93,30	93,40
April-Mai	197,50	197,50	2. Orient.-A.	76,60	76,70
Mai-Juni	198,00	198,00	4% russ. A.-80	99,20	99,30
Roggen			Combarben	53,10	53,10
Februar	176,20	176,50	Frankosen	108,10	107,90
April-Mai	173,50	173,20	Erbs.-Actien	175,40	175,10
Petroleum			Disc.-Com.	216,14	215,40
per 200 M loco	23,90	23,90	Deutsche Bk.	163,50	163,40
Rübbi			Cauraabutte	136,00	136,50
April-Mai	59,70	59,00	Deff. Ruten	—	177,50
Sept.-Okt.	60,80	59,60	Ruß. Ruten	—	237,90
Spiritus			Wald, kurz	—	237,55
Februar	48,80	48,60	Combarben	20,35	20,36
April-Mai	49,10	48,90	Pendolung	20,24	20,255
4% Reichs-A.	166,30	166,30	Rußische 5%		
3 1/2 % do.	88,50	88,80	G.W.-B.-A.	87,00	87,50
3 % do.	86,20	86,25	Dam. Div.		
4% Confol.	105,70	105,60	Bank. ....		
3 1/2 % do.	89,50	89,50	D. Seemühle	136,50	136,50
3 % do.	86,30	86,30	do. Prior.	125,00	125,00
3 1/2 % pr.	96,90	96,80	dam. S.-B.	110,50	110,50
do. neue	96,90	96,80	do. S.-A.	64,10	64,20
3% ital. Cr.	57,80	57,70	Döpp. Güdd.		
4% rml. S. B.	87,30	87,30	Stamm.-A.	89,00	88,90
5% Anal. S. B.	89,40	89,30	Erh. 5% A.-A	90,80	90,60

Fonds Börse: besser.

**Productenmärkte.**

Stettin, 18. Febr. Getreidemarkt. Weizen unveränd. loco 180—192, per April-Mai 183,50, per Mai-Juni 184,50. — Roggen unveränd. loco 165—171, per April-Mai 170,50, per Mai-Juni 168,00. Domm. Hafer loco 135—140. — Rübbi bept., per April-Mai 58,00, per Septbr.-Oktob. 52,50. — Spiritus niedriger, loco ohne Saß mit 50 M Consumsteuer 67,70, mit 70 M Consumsteuer 48,10, per Aug.-Sept. mit 70 M Consumsteuer 43,70 M. — Petroleum loco 11,40.

Berlin, 18. Febr. Weizen loco 186—200 M, per April-Mai 197—197,50 M, per Mai-Juni 197,50 M, per Juni-Juli 198,50—199 M. — Roggen loco 165—179 M, feiner inländ. 175—176 M, per Februar 176,25 M, per April-Mai 172,50—173,25 M, per Mai-Juni 169,25—169,75 M, per Juni-Juli 167,50—168 M. — Hafer loco 140—156 M, ost- und westpreuß. 142—146 M, pomerischer und uckermarkter 143—146 M, schlesischer 143—146 M, feiner schlesischer 149—153 M ab Bahn, per April-Mai 146,50—146,25—146,50 M, per Mai-Juni 147—147,25 M, per Juni-Juli 147,75—147,50—148 M. — Weizen loco 141—152 M, per Februar — M, per April-Mai 134,75 M, per Mai-Juni 133,75 M, per Sept.-Okt. 132 M. — Gerste loco 140—200 M. — Kartoffelklee loco 23,50 M. — Feuchte Kartoffelklee per Februar 13,50 M. — Erbsen loco Futterwaare 135—145 M, Rohwaare 148—155 M. — Weizenmehl Nr. 60 27,25 bis 25,25 M, Nr. 0 24—22,00 M. — Regultungspreis Nr. 0 — M, Nr. 0 u. 1 24,75 bis 23,75 M, Nr. 2 24,00 M, per Febr. 24,60—24,70 M, per Febr.-März 24,45 M, per April-Mai 23,80—23,95 M, per Mai-Juni 23,40—23,45 M. — Petroleum loco 23,9 M. — Rübbi loco ohne Saß 58,2 M, per Febr. 59,1 M, per April-Mai 59 M, per Mai-Juni 59,2 M, per Sept.-Oktob. 59,4—59,6 M. — Spiritus ohne Saß loco unversteuert (50 M) 69,0 M, mit Saß loco unversteuert (70 M) 49,4 M, per Febr. 49,2—49,6 M, per April-Mai 49,8—49,8 M, per Mai-Juni 49,8—49,8 M, per Juni-Juli 50,1—49,2 M, per Juli-Aug. 50,3—49,6—49,7 M, per Aug.-Septbr. 50,2—49,5—49,6 M, per Septbr.-Okt. 46,2—45,5—45,6 M.

Wesgen, 18. Febr. Zuckerbericht. Kornzucker excl. von 92 1

Neue Synagoge.

Gottesdienst. Freitag, den 20. Februar cr., Abends 5 Uhr.

Die glückliche Geburt eines prächtigen Mädchens zeigen hoch erfreut an

Danzig, den 18. Februar 1891 Dr. phil. Lende und Frau Catharina geb. Hüber.

Die heute Morgen 1 Uhr erfolgte glückliche Geburt eines Sohnes zeigen an

Hermann Balitz u. Frau, geb. Schütz.

Danzig, d. 18. Februar 1891.

Heute Abend 7 1/2 Uhr entlieh ich nach kurzem Krankenlager unter guter

Georg Hermann Czerwinski

im Alter von 70 Jahren. Dieses zeigen tief betrübt an

Danzig, 18. Februar 1891 die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Behufs Verklarung der Genossenschaft, welche das Schiff Heinrich Gerdes, Capitän Brettmann, auf der Reise von Middlesbro nach Neufahrwasser erlitten hat,

den 20. Februar 1891, Vormittags 11 Uhr, in unserem Geschäftslokale, Langenmarkt 43, anberaunt.

Danzig, den 19. Februar 1891. Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Infolge Verfügung vom 12. Februar 1891 ist an demselben Tage die unter der gemeinschaftlichen Firma

Jacobsohn & Lewinsohn seit dem 11. Februar 1891 aus den Kaufleuten

1. Albert Jacobsohn, 2. David Jacobsohn, 3. Salomon Lewinsohn bestehende Handelsgesellschaft in das diesseitige Gesellschaftsregister unter Nr. 77 eingetragen mit dem Bemerkten, dass dieselbe in Ordnung ihren Sitz hat und dass die Befugnis zur Vertretung der Gesellschaft allen Gesellschaftern gleich zusteht.

Graudenz, den 12. Februar 1891. Königlich-Amtsgericht.

Dampfer-Gelegenheit

nach Greenod u. Glasgow per Februar. (3309)

Güteranmeldungen erbittet Wilh. Ganswindt.

Loose

zur Kölner Dombau-Lotterie a 4 M., zur Stettiner Pferde-Lotterie a 1 M., zur Königsb. Pferde-Lotterie a 1 M. in der Expedition d. Danziger Zeitung.

Preussische

Loose 1. Klasse, pro 1/4 mit M. 23, kauft Carl Heinke, Berlin W., Unter den Linden 3. Beträge sind durch Postauftrag zu erheben.

Kölner Dombau-Lotterie, Loose a M. 4, Loose der Stettiner Pferde-Lotterie a M. 1, (3311) Loose der Königsberger Pferde-Lotterie a M. 1 bei Th. Bertling, Gerbergasse Nr. 2.

Kölner Dombau-Lotterie,

Ganze Loose 4 M., empfiehlt Hermann Rau, Wollweberg. 21. (2848)

Post-Schule

in Elbing.

Schnelle und billige Vorbereitung für die Postgeschäfts-Prüfung. Die mittlere Postarriere ist ganz besonders den Söhnen aus dem Mittelstande zu empfehlen. Der Unterrichtskursus beginnt nächsten Prospekt kostenlos. Zur Aufnahme junger Leute im Alter von 14 bis 23 Jahren und zu jeder Auskunft ist bereit (3241)

Speckmann,

Vorsteher der Postfachschule in Gorkij.

Als passende Festgeschenke

empfehle gelegentlichst noch eine Auswahl vorzüglichster grösserer Kupferstiche und Photographien

Jeden Genres, zu ermässigt billigen Preisen, und werden die Einrichtungen derselben in den feinsten modernsten Leisten und verpackt in Rahmen sofort dir ect im Hause fachgemäss in sauberster Arbeit zu billigsten Preisen ausgeführt. (2739)

Carl Müller, Kunsthandlung, Jopeng. 25.

Zilster Fettkäse.

Einen großen Vorrath echten, ganz vorzüglichen Zilster Fettkäse, beste Sommergrasware, empfiehlt per 1/4 70 S M. Wenzel, 38 Breitgasse 38.

NB. Schweizer, sowie andere Sorten Käse in besten Qualitäten giebt wie bekannt zum billigsten Preisen ab. (3232)

Sammet u. Seidenstoffe

jeder Art, grosse Auswahl von schwarzen, weissen und farbigen Seidenstoffen. Specialität: „Brantkleider“. Billigst. Preise. Seiden- und Sammet-Manufactur von Muster franco. M. M. Catz, in Crefeld.

Münchener Löwenbräu,

in Gebinden und Flaschen, empfiehlt die alleinige Niederlage von Robert Krüger, Hundegasse 34. (145)

1 Grabgitter

für acht Stellen, aus Schmiedeeisen, reichlich verziert, soll angefertigt werden. Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Zeichnungen

auf die neue 3% Deutsche Reichs-Anleihe

3% Preuss. consolidirte Staats-Anleihe

nehmen wir von heute bis 20. d. M. einschliesslich kostenfrei entgegen.

Danzig, den 14. Februar 1891. (2955)

Westpreussische Landschaftliche Darlehns-Kasse.

Subscription auf 450 Mill. Mk. 3%ige Preuss. Consols

und Deutsche Reichsanleihe am 20. Februar cr.

zum Course von Mk. 84,40 für Mk. 100.

Voranmeldungen auf diese Anleihe nehme ich zum Emissionscourse kostenfrei entgegen.

Da eine mehrfache Ueberzeichnung der Anleihen zu erwarten ist, so werde ich

Vorsorge treffen, dass meinen Subscribenten der zur Capitalsanlage gewünschte Betrag möglichst unverkürzt zugetheilt wird.

Joh. Barck, Bankgeschäft, 36, Brodbänkengasse 36.

Dunkles Tafelbier à la Münchener, 33 Flaschen für 3 M., empfiehlt (3226)

A. Meckelburger, Gr. Wollweberggasse 13.

In meinem Total-Ausverkauf

werden die noch vorhandenen Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft, da zum 1. April mein Geschäft aufgelöst sein muss.

S. Eifert's Möbelmagazin, Langgasse 24, I. Etage.

Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines Geschäftes zum 15. März d. J. verkaufe ich meinen noch immer bedeutenden Vorrath modernster

Tapissiererei-Waaren zu jedem annehmbaren Preise.

Hedwig Berger, Langenmarkt 6. (3223)

Anzüge und Ueberzieher

für jedes Alter in sehr großer Auswahl und zu billigen Preisen empfiehlt Mathilde Tauch, Langgasse 28.

Knaben-

Als passende Festgeschenke empfehle gelegentlichst noch eine Auswahl vorzüglichster grösserer Kupferstiche und Photographien

Jeden Genres, zu ermässigt billigen Preisen, und werden die Einrichtungen derselben in den feinsten modernsten Leisten und verpackt in Rahmen sofort dir ect im Hause fachgemäss in sauberster Arbeit zu billigsten Preisen ausgeführt. (2739)

Carl Müller, Kunsthandlung, Jopeng. 25.

Zilster Fettkäse.

Einen großen Vorrath echten, ganz vorzüglichen Zilster Fettkäse, beste Sommergrasware, empfiehlt per 1/4 70 S M. Wenzel, 38 Breitgasse 38.

NB. Schweizer, sowie andere Sorten Käse in besten Qualitäten giebt wie bekannt zum billigsten Preisen ab. (3232)

Sammet u. Seidenstoffe

jeder Art, grosse Auswahl von schwarzen, weissen und farbigen Seidenstoffen. Specialität: „Brantkleider“. Billigst. Preise. Seiden- und Sammet-Manufactur von Muster franco. M. M. Catz, in Crefeld.

Münchener Löwenbräu,

in Gebinden und Flaschen, empfiehlt die alleinige Niederlage von Robert Krüger, Hundegasse 34. (145)

1 Grabgitter

für acht Stellen, aus Schmiedeeisen, reichlich verziert, soll angefertigt werden. Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Angebote mit Musterzeichnungen und Preisen unter 3306 an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Die Westpreussische

Landschaftliche Darlehns-Kasse zu Danzig, Hundegasse 106/107,

zahlt für Baar-Depositen auf Conto A. jetzt 2 Prozent Zinsen jährlich frei von allen

Spefen, beleihl gute Effecten, beforzt den Ankauf oder Verkauf aller in Berlin notirten

Effecten für die Provision von 15 Pf. pro 100 Mark (worin die Kosten für Courtage zc. enthalten sind) und

Erfassung der Börsensteuer, löst fällige Coupons ihren Kunden ohne Abzug ein,

berechnet pro Jahr für Aufbewahrung von offen deponirten Werthpapieren 30 Pf. pro 1000 Mk., für Werthpapiere 5 bis 15 Mk., je nach Grösse.

Weitere Auskunft und gedruckte Bedingungen stehen zur Verfügung. (5175)

Weintrauben,

blaue, 1/2 50 S empfing und empfiehlt Gustav Gawandka, Breitsasse Nr. 10. (3272)

Gegen Husten, Hustenreiz, Heiserkeit, Bronchitis, Keuchhusten, etc. giebt es kein zuverlässigeres und zugleich stärkendes Mittel, als den echten

Rhein. Trauben-Brust-Sonig. Preis per Flasche 1 M. und 150 M.

Niederlage für Danzig bei Richard Lenz, Brodbänkeng. 43, Ecke der Pfaffengasse.

Superphosphat,

bei vollen Gehaltsgarantien unter Conventionspreis, (3318)

Chilialpeter billigt empfehlen Hodam & Ressler, Danzig.

Einen Zuchtbullen

(Grauschek) von schöner Form, hat zu verkaufen (3177)

R. Wilhelm, Stegnerwerder.

Fünf 4jäh. Ochsen,

zur Mast u. i. Pfluge zu brauchen, 2 sprungfähig, holl. Bullen, sowie 100 Mastlämmer und 60 Zett-hammel zu verk. Al. Kleichkau p. Langenau Weipz.

Vortheilhafter Kauf. Ein gut eingeführtes Colonialwaaren- u. Destillations-Geschäft, (Detail-Umsatz ca. 50000 M.) neue Gebäude, die außer dem Geschäft noch ca. 3500 M. Miete bringen, ist preiswerth zu verkaufen. Ref. belieben ihre Adresse unt. 3294 in der Exped. d. Ztg. einzureichen.

Ein ca. 40 Mg. culm. gr. Nieder-Grundst. b. Bod., fast bruchf. für einen soliden Preis, bei mäßiger Anzahlung veräußlicht. Auskunft ertheilt Th. Miran, Danzig, Mattenbuden 22'. (3327)

Ein Billengrundstück,

Nähe Danzigs, zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. 3252 i. der Expedition dieser Zeitung erb.

Hotel-Verpachtung.

Das Hotel zum schwarzen Walfisch im Seebad und Luftkurort Rahlberg, direkt am Canalsbänke der Dampfboote gelegen, enthaltend 10 möblirte Fremden-, 4 Wohnzimmer und 1 Saal, soll für die Saison 1891 verpachtet werden.

Näheres bei Stadtrat Rudolph Gauhe in Elbing. (3281)

Actien-Gesellschaft Seebad Rahlberg.

2 junge starke Arbeitspferde, Stute und Wallach (Füchse) sind preiswerth zu verkaufen. Näheres erfahren Hofpferde Nr. 9 parieret. (3280)

Eine fast neue Locomobile 10-12 Pferdekräfte, ist zu verk. Adressen unter Nr. 3279 in der Expedition dieser Zeit abzugeben.

Ein vorzügl. Piano, Ruhbaum, ist im Auftrage für 400 M. zu verkaufen. Heil. Geißgasse Nr. 118. (3276)

Ein ganzes Preuss. Lotterieloose, dieses Collecte, ist abzugeben. Adr. mit Preisoff. u. Nr. 3278 in d. Exped. dies. Ztg. erbeten.

1 Riegervereins-Off. Uniform (compl.) ist erhalt. ist bill. zu verk. Johannisgasse 11, Bonshi.

2 sichere Hypotheken von 6000 und 2600 M. zu 5 1/2 und 5 % sollen cedirt werden. Vermittler verbeten. Adressen unter 3021 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

24000 M. 4 1/2 % landl. Betg., sehr sicher, in d. Nähe Danzigs gesucht. Vermittler verbeten. Offerten unter Nr. 3307 in der Expedition dieser Zeitung erb.

Offene Stellen jeden Berufs höherer durchgehender 20,000 Stellen. Adressen: Stellen-Gentler, Berlin-Potsdam

Ein als reell gekannter Kaufmann in der Provinz sucht einen Gelbmann mit 40-50000 M. zu einem Geschäft, das sich jedes Jahr wiederholt und in einer Zeit von ca. 2 Monaten abgewickelt ist. Der in unglücklichsten Falle zu erzielende Reingewinn würde für beide Theile 10 bis 15000 M. betragen. Für den gegebenen Betrag erhält Gebet stets Sicherheit. Adr. u. Nr. 3159 in d. Exped. dieser Zeitung erbeten.

Ein Buchhalter und Reisender welcher bereits eine ähnliche Stellung bekleidet hat, seine Brauchbarkeit durch gute Zeugnisse nachweisen kann, wolle sich baldigst melden. Zeugnisabschriften und ausführlichen Lebenslauf, mit Angabe der Gehaltsansprüche bitte der Meldung beifügen. Eintritt kann sogleich oder später erfolgen. Die Stellung ist dauernd. Kunststraße Dr. Stargard.

J. Wiehert jun.

Frühe ungarische Weintrauben,

blaue, 1/2 50 S empfing und empfiehlt Gustav Gawandka, Breitsasse Nr. 10. (3272)

Gegen Husten, Hustenreiz, Heiserkeit, Bronchitis, Keuchhusten, etc. giebt es kein zuverlässigeres und zugleich stärkendes Mittel, als den echten

Rhein. Trauben-Brust-Sonig. Preis per Flasche 1 M. und 150 M.

Niederlage für Danzig bei Richard Lenz, Brodbänkeng. 43, Ecke der Pfaffengasse.

Superphosphat,

bei vollen Gehaltsgarantien unter Conventionspreis, (3318)

Chilialpeter billigt empfehlen Hodam & Ressler, Danzig.

Einen Zuchtbullen

(Grauschek) von schöner Form, hat zu verkaufen (3177)

Nähmaschinen-Reparaturen

sauber und billig. (3330) C. Blaga, Frauengasse 12.

In meinem Colonial- und Droguen-Geschäft ist eine

Lehrlingsstelle zu befehen.

Carl Schnarde Nachf., Brodbänkengasse 47.

Für mein Cigarren-Geschäft suche zum 1. April einen

gewandten Detailverkäufer. Nur Bewerber mit besten Referenzen wollen sich persönlich oder schriftlich unter Beifügung der Photographie melden. (3220)

Eduard Kass.

Gesucht.

Ein junges Mädchen, das die Landwirthschaft erlernt hat und darüber gute Zeugnisse aufweisen kann. Eintritt kann sogleich oder 1. April erfolgen. (3160)

Wolschon, Dom. Ramlau bei Eutin, Wpr.

Gesucht zu Marien auf dem Rittergut Lappin (3293)

2 verheirathete Anechte und 1 Kuhfütterer bei hohem Gehalt und Deputat.

Tüchtige Anferschmiede finden dauernde Beschäftigung bei C. Wilhelm i. Elbing.

Ein Lehrling wird für ein hiesiges Comior bei monatlicher Remuneration gel Selbstgeschriebene Off. unt. 3292 i. d. Exped. d. Ztg. einzureichen.

Materialist gesucht für Schank. Bewerber gefesteten Alters wollen sich schriftl. melden unter Angabe der bish. Beschäftigung in der Exped. d. Ztg. unter 3303.

Eine vorzügliches Kindergärtnerin 1. Kl. liebenswürdig, Mädchen, die 10 Jahre auf größtem Gute als solche und gleichzeitig als Stütze im Haushalt fungirt hat empfiehlt J. Dan, Heil. Geißgasse 99.

Ein gebild. Wirthschaftsfräulein, das 8 Jahre im häuß. Haushalt fungirt hat, seine Küche, Schneiderei, Nähen, Handarbeit versteht, weilt nach (3336)

J. Dan, Heil. Geißgasse 99.

Ein verheiratheter Destillateur und Reisender, Mitte der 30er, welcher 12 Jahre in seiner jetzigen Stelle, sucht um das Reisen aufgeben zu können, anderweitige Stellung als Destillateur, Materialienverwalter, Lagerist etc. Beste Zeugnisse zur Disposition. Eventl. würde derselbe auch ein Geschäft dieser Branche pachten. Offerten unter Nr. 3259 in der Expedition dieser Zeitung erb.

Eine junge Dame, welche bereits Stellen als Buchhalterin, Correspondentin und Cassirerin bekleidet hat, sucht ein ähnliches Engagement. Gute Handschrift, gute Zeugnisse und Referenzen. Adr. u. 3268 in d. Exped. dieser Zeitung erbeten.

Zum 1. April gesucht eine Wohnung von 6 bis 7 Zimmern. Inneres der Stadt ausgeschlossen. Freie Lage und Hochparterre bevorzugt. Angebote möglichst mit Grundriß unter Nr. 3312 an die Exp. d. Ztg.

Zwei möbl. Zimm. m. a. Benf. sind geth. auch zusammengeh. v. 1. April z. verm. Borst. Grab. 44 b<sup>11</sup>, dicht neben dem Casino.

Langgasse 71

ist der geräumige Laden, in welchem bisher ein Porzellan- und Glaswaaren-Geschäft betrieb. wurde, nebst der dazu gehörigen Wohnung zum 1. April cr. oder früher zu vermieten. Näh. Auskunft ertheilt der Concursverwalter F. Schirmacher, Hundegasse 70'. (3059)

Meine in der Langgasse 24, I. Etage, gelegenen

Geschäftslokalitäten werden p. 1. April für den 1917 halben Miethspreis vermietet.

S. Eifert, Möbelmagazin.

Eine herrsch. bequeme Wohnung von 4 Zimmern mit sämtl. Zub., Wäsch. zc. ist Sandarube 33 pl. b. C. Kühn, Sandarube 33 zu verm. Besicht. 11-1 Uhr.

Hundegasse 5 ist die herrsch. Wohnung, 1. Et., 5 Zimmer, Bade- und Mädchenstube nebst Zub., v. 1. April cr. für den Miethspreis v. 1500 M. pro anno zu vermieten. Die Beschäftigung der Wohnung ist täglich von 12-2 Uhr gestattet. Näheres Kohlenmarkt 15, 1. Et.

Langgasse 66 ist die herrsch. 2. Etage, best. aus 6 Zimmern, Badezimmer, v. allem Zubehör, eventl. von sofort zu verm. Näh. das. bei Herrn Schönfeld.

Eine herrsch. Wohnung ist zu verm. Langenmarkt 112.

Fätschenthalerweg 21 ist eine eleg. Wohnung, best. a. 4 Zimm. u. Zub., Balkon, Garten zu verm. Beschäftigung v. 11-1.

2 unmöbl. Zimmer in Jopopt pro 1. April bis 1. Oktober gesucht. Offerten unter Nr. 3104 in der Expedition dieser Zeitung erb.

Ein fein möblirter Salon, auf Wunsch mit Buchsenschrank, ist vom 1. März cr. zu vermieten. Näheres Hundegasse 77 III.

Brandgasse 3 ist ein möbl. Dvrb. an 1-2 Herren zu verm.

Blut- u. Leberwurst.

Eigenes Fabrikat. (3230) Morgen Abend: Bunderstedt. A. Thimm, I. Damm 18.

M. & M. B. V. Freitag, den 20. Februar cr., Abends 8 Uhr:

Zusammenkunft im Gambirius. Um rege Theilnahme wird erlucht.

Yoge Eugenia.

Sonnabend, den 28. Februar, 8 Uhr Abends. (2163)

Maskenball.

Friedrich Wilhelm-Schützenhaus. Freitag, den 20. Februar 1891:

Sechszehntes Sinfonie-Concert

von der Capelle des Gren.-Regts. Königl. Friedrich I. unter Leitung des Königl. Musikdirectors Herrn C. Theil.

(U. A.: Curganthe-Duverture von Weber, Leonoren - Duverture (Nr. 3) von Beethoven, Vorspiel zu Parsifal von Wagner, H-moll-Sinfonie (unvollendet) von Schubert zc.)

Anfang 7 1/2 Uhr, Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Entree 50 S. Logen 75 S. Dampfheizung. Vortägliche Ventilation. Elektrische Beleuchtung.

C. Bodenburg.

Apollo-Gaal.

Mittwoch, d. 25. Februar cr., Abends 7 1/2 Uhr:

Concert

unter gefälliger Mitwirkung von Fräulein Katharina Brandstaeter, der Herren

Edmund Blomme, herzoglich sächsischer Kammer- sänger und

G. Haupt, Pianist, zum Besten der

Diaconie der St. Catharinen-Gemeinde.

Billets: Nummerirt a 2 und 1 M. Stehplätze a 75 S. für Schüler 50 S. bei Constantin Ziemssen, Musikalien- u. Piano- forte-Handlung. (3305)

Apollo-Gaal.

Sonnabend, den 28. Februar cr. Abends 7 1/2 Uhr.

Biertes Abonnements-Concert.

# Beilage zu Nr. 18761 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 19. Februar 1891.

## Reichstag.

69. Sitzung vom 18. Februar.

Die zweite Berathung des Arbeiterschutzgesetzes wird fortgesetzt.

§ 105 f läßt Ausnahmen durch die unteren Verwaltungsbehörden für bestimmte Zeit zu für den Fall, daß in einem einzelnen Betrieb zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens Sonntagsarbeit nothwendig wird.

Ein Antrag Auer (Soc.) will diese Ausnahme auf höchstens 14 Tage zulassen.

Ein Antrag Böttcher (nat.-l.) und Gen. will für den Fall, daß eine vorherige Einholung der Erlaubniß von den unteren Verwaltungsbehörden unmöglich ist, eine nachträgliche Einholung zulassen.

Abg. Stolle (Soc.) wendet sich gegen die zu weite Zulassung der Ausnahmen, wodurch die Sonntagsruhe schließlich zur Ausnahme werden würde. Die Unterbehörden würden ihre Befugniß, darüber zu entscheiden, ob ein „unverhältnismäßiger Schaden“ abzuwenden sei, oft zu Gunsten der Fabrikanten mißbrauchen, deshalb müsse die Zeit, für die sie Ausnahmen zulassen dürften, fest begrenzt werden.

Reg.-Rath Wilhelmi wendet sich gegen die Behauptung des Vorredners, daß nach diesem Gesetz die Sonntagsruhe der Arbeiter die Ausnahme, die Sonntagsarbeit die Regel bilden werde. Was den Arbeitern in diesem Gesetz an Schutz gewährt wird, geht weit hinaus über das, was ihnen in den meisten in den deutschen Reichs geltenden Bestimmungen gewährt wird. Dies gilt auch von dem § 105 f. Die 14 Tage, welche der Antrag Auer zulassen will, reichen nicht aus, sie würden zu unnötigen Härten führen, die Ausnahme muß von der Lage des jeweiligen Falles abhängen. Einer zu weitgehenden Festsetzung der Sonntagsarbeit beugen die im § 105 f vorgezeichneten Controlvorschriften vor.

Abg. Böttcher (n.-l.) empfiehlt seinen Antrag. Es kann sehr leicht der Fall eintreten, daß die Sonntagsarbeit nothwendig wird, ohne daß eine Erlaubniß von der Behörde eingeholt werden kann. In diesem Falle muß der Gewerbetreibende in der Lage sein, auf seine Gefahr die Arbeiten vornehmen zu lassen. Ein Mißbrauch ist nicht zu befürchten, da unter allen Umständen der Gewerbetreibende gezwungen ist, sich selbst zu denunciren.

Abg. Hartmann (cons.) erklärt sich gegen beide Anträge und greift dann in längerer Rede die Taktik der Socialdemokraten an. Wenn es nach ihnen ginge, würden wir jetzt noch garnichts auf sociale Gebiete erreicht haben. Das aber wollten sie eben; denn je schlechter es dem Vaterlande geht, desto besser geht es ihnen.

Vizepräsident Graf Ballestrem mahnt die Redner, nicht bei jedem Paragraphen wieder in die Generaldiscussion zurückzufallen.

Abg. Hirsch (freis.) erklärt sich gegen beide Anträge und für den Vorschlag der Commission, der die Interessen der Industrie wie der Arbeiter genügend schütze.

Abg. Bebel verspricht, die Bemerkungen des Herrn Hartmann bei der 3. Lesung mit Insesziers zurückzugeben, und vertheidigt den socialdemokratischen Antrag. Die Regierung betrachte den Arbeiterschutz nur von dem Standpunkt ängstlicher Schonung der Unternehmer. Das Ermessen der Unterbehörden darf bei

bereren Beziehungen zu den Unternehmern, namentlich an kleinen Orten, nicht maßgebend sein.

Abg. Böttcher (nat.-lib.) spricht noch einmal für seinen Antrag, der in der Commission nur mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt sei.

Abg. v. Stumm tritt für die Fassung der Vorlage ein.

Abg. Stolle (Soc.): Die untere Verwaltungsbehörde steht in Sachsen, wo nur die im Besitz Befindlichen zu den Gemeindevahlen berechtigt sind, ausschließlich zur Verfügung der Etablissementsbesitzer und muß sich ihnen gefügig erweisen, wenn sie ihr Amt behalten will.

Sächs. Geh. Rath Bodet verwahrt die sächsischen Behörden gegen den vom Abg. Stolle erhobenen Vorwurf.

Den Versuch des Abg. Stolle, den Beweis dafür in einem ihn selbst betreffenden Falle des näheren zu führen, läßt Präsident v. Levetzow als nicht zur Sache gehörig nicht zu.

In der Abstimmung wird der Antrag Auer gegen die Stimmen der Socialdemokraten und eines Theils der Freisinnigen, der Antrag Böttcher gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt, § 105 f unverändert angenommen.

§ 105 g bestimmt, daß das Verbot der Sonntagsruhe durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths auf andere Gewerbe ausgedehnt werden kann. Diese Verordnungen sind dem Reichstage zur Kenntnisknahme vorzulegen. Die nach §§ 105 c bis 105 f zugelassenen Ausnahmen sollen Anwendung finden.

Abg. Payer (Volksp.) empfiehlt Streichung des Paragraphen. Die Bestimmung schneidet nicht allein tief in die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber ein, sondern auch in die des großen Publikums. Sie wird ernstliche Abänderungen in unserer ganzen Lebensführung und wirtschaftlichen Haltung mit sich bringen. Soll es nun auch zulässig sein, durch einfache kaiserl. Verordnung für das Gast- und Schankgewerbe wie für das Verkehrsgewerbe ein Verbot der Sonntagsarbeit auszusprechen? Wir sollen dem Bundesrath für alle Zeiten das Recht hierzu geben. Der gegenwärtige Reichstag soll nicht bloß für seine eigene Amtsdauer auf sein Recht verzichten, was zu den bedenklichsten politischen und constitutionellen Konsequenzen führen muß. Ich kann auch nicht zugeben, daß in diesem Fall bundesrathliche Erlasse nothwendig sind. Die hier zu Tage tretenden Mißstände können doch nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Der Bundesrath muß sie doch erst genau prüfen, ehe er eine kaiserliche Verordnung fertigt stellt. Und wenn das schon Monate dauert, warum will er nicht warten, bis wir bei einander sind und unsere Meinung sagen können? Wir können aus Zweckmäßigkeits- oder Bequemlichkeitsrücksichten ein constitutionelles Recht nicht preisgeben (Beifall links).

Minister v. Berlepsch: Nach dem Wortlaut dieses § 105 g können allerdings auch andere Gewerbe gemeint sein, als die unter die bisherigen Beschlüsse fallenden. Daß aber Gast- und Schankgewerbe, sowie Verkehrsgewerbe eines schönen Tages durch kaiserliche Verordnung den Bestimmungen über die Sonntagsruhe unterstellt werden können, ist durch das Gesetz nach § 105 i selbst ausgeschlossen.

Abg. Krause (freis.): Ich habe trotz der eben erfolgten Erklärung des Ministers die Meinung, daß

ganz unzweifelhaft nach dem Wortlaut des § 105 g die Ausdehnung der Sonntagsarbeit auch auf die von dem Abg. Payer erwähnten Gewerbe werde erfolgen können, und in dieser Richtung haben sich auch die Erklärungen der Regierungsvertreter in der Commission bewegt. In der Commission hat man bei § 105 g in erster Linie an die Hausindustrie gedacht. Jedenfalls können wir die Sache dem Bundesrath nicht allein überlassen, zumal wenn man bedenkt, wie der Bundesrath sich so lange, einem gewissen Einflusse gehorchend, gegen jede Arbeiterschutzgesetzgebung gestraubt hat. Will man eine Regelung der Verhältnisse auf den von Payer erwähnten Gebieten, so möge man den Weg der Gesetzgebung beschreiten. Auch die Befugniß des Reichstages zur nachträglichen Außerkräftsetzung kann nicht genügen; wir beantragen die Ablehnung des ganzen § 105 g.

Abg. Singer (Soc.): Wir werden für den § 105 g stimmen. Die constitutionellen Bedenken der Vorredner treffen für uns nicht zu, obwohl wir gewiß nicht unter dem Verdacht stehen, den Rechten des Reichstages irgend Eintrag thun zu wollen. Wir stimmen allen Paragraphen zu, die dazu dienen können, die Sonntagsruhe weiter auszudehnen. Wir glauben, daß innerhalb der verbündeten Regierungen das Streben nach Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Sonntagsruhe stärker ist, als im Reichstage. Deshalb ist es uns angenehm, hier einen Weg zu finden, der die verbündeten Regierungen unabhängig macht von den Klassenbestrebungen, die den Reichstag noch in hohem Grade leiten.

Abg. Hirsch (freis.): Es ist bezeichnend für die Stellung der socialdemokratischen Partei, daß sie, um den Arbeitern Vortheile zuzuwenden, die wichtigsten Rechte des Reichstages preisgeben will. Nachdem Sie bisher immer gegen die Commissionsbeschlüsse sich wandten, die den Arbeitern größere Vortheile zuwenden, als die Regierungsvorlage, haben Sie jetzt auf einmal solches Vertrauen zum Bundesrath!

Abg. v. Bar (freis.): Die Tragweite des vorliegenden Paragraphen erscheint auch nach der vom Herrn Minister vorgeschlagenen redactionellen Aenderung höchst zweifelhaft; schon deshalb müssen wir davon absehen, daß Erweiterungen der in den früheren Paragraphen gefaßten Beschlüsse vom Bundesrath allein bestimmt werden.

Abg. v. Bollmar (Soc.): Es handelt sich nicht um die Aufhebung wichtiger constitutioneller Rechte, sondern um den Schutz der Arbeiter, für welche wir stets eintreten und eintreten werden. Daß wir zu der Regierung mehr Vertrauen haben, als zum Reichstag, ist nicht so sonderbar nach den Vorgängen des letzten Jahres. Sollte später einmal die Regierung weniger Vertrauen verdienen in Bezug auf den Arbeiterschutz als der Reichstag, so werden wir dann schon die nöthigen Maßnahmen treffen. (Ruf links: Wir haben nicht die Mittel!) Wenn der Reichstag nur die Energie hat, so hat er auch stets die Mittel in der Hand.

§ 105 g wird gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Nach § 105 h sollen die Bestimmungen dieses Gesetzes weitergehend (landesgesetzlichen Beschränkungen der Sonntagsarbeit nicht entgegenstehen. Den Landes-Centralbehörden bleibt vorbehalten, für einzelne nicht auf einen Sonntag fallende Festtage Ausnahmen von

den Bestimmungen über die Sonntagsruhe zu gestatten. Diese Bestimmung soll aber auf das Weihnachts-, Oster-, Himmelfahrts- und Pfingstfest keine Anwendung finden. Abg. Schrader (freis.): Ich beantrage, daß die Bestimmungen der §§ 105 a bis 105 g nur den bestehenden weiteren Beschränkungen der Sonntagsarbeit nicht entgegenstehen sollen, weil ich nicht wünsche, daß das Princip, Reichsrecht geht vor Landesrecht, um eines relativ unerheblichen Punktes willen durchbrochen werde. Glauben Sie nicht, daß der vorliegende Paragraph allein im Interesse der Arbeiter ausgelegt werden kann.

Unter Ablehnung des Antrages Schrader wird § 105 h angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Berathung auf Donnerstag.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

W. T. Berlin, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrathes der Berliner Handels-Gesellschaft wurde die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Nachdem die für erforderlich erachteten Abschreibungen vorweg vorgenommen sind, ergibt der Jahresabschluss einen Bruttogewinn von 7513 744.05 Mk. Davon verbleibt der Betrag von 6 395 438.05 als Reingewinn verfügbar. Auf den Antrag der Geschäfts-Inhaber setzte der Verwaltungsrath vorbehaltlich der Genehmigung der Bilanz durch die General-Versammlung die Dividende für das Commanditkapital von 50 Millionen Mark auf 9 1/2 Proc. fest und beschloß, den Dividenden-Reservefonds mit der Summe von 625 854 Mk. zu dotiren, wodurch derselbe den Betrag von 2 1/2 Mill. Mk. erreicht; sodann soll dem Pensionsfonds der Angestellten der Betrag von 50 000 Mk. überwiesen werden. Die bilanzmäßigen Reserven der Gesellschaft beziffern sich jetzt auf rund 17 1/2 Mill. Mk., mithin auf über 34 1/2 Proc. des Commandit-Kapitals.

Hamburg, 18. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 186—198. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 183—190, russ. loco fest, 130—136. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 58. — Spiritus flau, per Febr. 36 Br., per Febr.-März 36 Br., per März-Mai 35 1/4 Br., per Mai-Juni 36 Br. — Kaffee fest, Umsatz 2000 Cmt. — Petroleum fest, Standard white loco 6.70 Br., per März 6.65 Br. — Welter: Milde.

Hamburg, 18. Februar. Zuckermarkt. Rübenrucker 1. Product Basis 88 Rendement, neue Usance, f. a. B. Hamburg, per Febr. 13.52 1/2, per März 13.37 1/2, per Mai 13.42 1/2, per August 13.62 1/2. Rubig.

Hamburg, 18. Februar. Kaffee. Good average Santos per Februar 83, per März 82, per Mai 80 1/4, per Sept. 77. Behauptet.

Bremen, 18. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Still. Standard white loco 6.55 Br.

Havre, 18. Febr. Kaffee. Good average Santos per März 103.00, per Mai 100.50, per September 96.50. Unregelmäßig.

Frankfurt a. M., 18. Februar. Effecten- Societät. (Schluß.) Creditactien 272 1/4. Franzosen 216. Lombarden 116 1/2. 4% ungar. Goldrente 93.40. Gotthardbahn 151.20. Disconto-Commandit 211.90. Dresdener Bank —. Gelsenkirchen 171.50. Laurahütte 136.20. Handels-Gesellschaft 157. conv. Westbahn 82.50. Still. Schweizerische Bahnen erholt.

Wien, 18. Februar. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 92.17 1/2, do. 5% do. 102, do. Silberrente 92.10, 4% Goldrente 110.20, do. ungar. Goldrente 105.40, 5%

Papierrente 101,05, 1860er Loose 138,50, Anglo-Aust. 168,00, Cänderbank 223,50, Creditactien 309,50, Unionbank 248,25, ungar. Creditactien 343,50, Wiener Bankverein 119,00, Böhm. Westbahn 340,00, Böhm. Nordbahn 202, Busch. Eisenbahn 489,00, Dug. Bodenbacher, Elbehatbahn 222,00, Nordbahn 2785, Franzosen 243,75, Galizier 211,90, Cemborg-Gern. 235,75, Lombarden 133,25, Nordwestbahn 215,00, Pardubitzer 179,00, Alp-Mont.-Act. 96,75, La actien 149,25, Amsterd. Wechsel 95,20, Deutsche Blähe 56,40, Londoner Wechsel 114,95, Pariser Wechsel 45,50, Napoleons 9,11 1/2, Marknoten 56,40, Russische Banknoten 1,34 1/2, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 18. Februar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftlos. Roggen loco geschäftlos, do. auf Termine höher, per März 159-160-161-160, per Mai 153-154, per Oktober 141-142. - Rüböl loco 31 1/2, per Mai 30 3/8, per Herbst 31.

Antwerpen, 18. Febr. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 16 3/8 bei, und Br., per Februar 16 1/4 Br., per März 16 Br., per April 16 Br. fest.

Paris, 18. Februar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, per Februar 27,10, per März 27,10, per März-Juni 27,30, per Mai-Aug. 27,30. - Roggen ruhig, per Februar 17,30, per Mai-August 17,60. - Weizenfrüchte, per Febr. 60,10, per März 60,20, per März-Juni 60,20, per Mai-August 60,40. Rüböl steigend, per Februar 68,50, per März 68,75, per März-Juni 69,25, per Mai-August 70,00. - Spiritus fest, per Febr. 38,25, per März 38,75, per Mai-August 40,50 per Sept.-Dezbr. 39,50. - Wetter: Schön.

Paris, 18. Februar. (Schlusscourse.) 3% amortisirbare Rente 96,00, 3% Rente 95,72 1/2, 4 1/2% Anl. 105,12 1/2, 5% ital.

Rente 94,95, österr. Goldr. 98 3/4, 4% ung. Goldrente 93,25, 3. Orientanleihe 78,62, 4% Russen 1880 - 4% Russen 1889 99,75, 4% unific. Aegypter 496,25, 4% ungar. äußere Anleihe 77 1/2, conv. Türken 19,68, türk. Loose 81,00, 4% privilegierte türk. Obligationen 439,00, Franzosen 538,75, Lombarden 308,75, Comb. Prioritäten 341,25, Banque ottomane 631,25, Banque de Paris 841,25, Banque d'Escompte 551,25, Credit foncier 1287,50, do. mobilier 435,00, Meridional-Actien 693,75, Panamakanal-Actien 41,25, do. 5% Oblig. 37,50 Rio Tinto-Actien 583,10 Suezkanal-Actien 2458,75, Gaz Parisien 1465,00, Credit Foncier 822,00, Gaz pour le Fr. et l'Etranger 597, Transatlantique 615,00, B. de France 4315,00, Bille de Paris de 1871 412,00, Tab. Ottom. 337,00, 2 3/4% Conf. Angl. - Wechsel auf deutsche Blähe 121 1/8, Londoner Wechsel kurz 25,22, Cheques a. London 25,23 1/2, Wechsel Wien kurz 218,00, do. Amsterdam kurz 206,68, do. Madrid kurz 485,25, C. d'Escom. neue 650, Robinson-Act. - Neue 3% Rente 94,12 1/2.

London, 18. Februar. Englische 2 1/2% Consols 97 3/8, Br. 4% Consols 104, ital. 5% Rente 94 1/8, Lombard. 123 1/8, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 99 3/8, conv. Türken 19 1/2, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4% ungarische Goldrente 92 1/2, 4% Spanier 77 3/8, 3 1/2% privil. Aegypter 94 3/4, 4% unific. Aegypter 98 3/8, 3% garantirte Aegypter 101 1/8, 4 1/4% ägypt. Tributant 99 1/8, 6% conf. Mexikaner 92 1/8, Ottomanbank 15 1/8, Suezactien 97 1/2, Canada-Pacific 77 1/8, De Beers-Actien neue 16 1/8, Rio Tinto 23 1/8, 4 1/2% Rupees 77 1/8, Argent. 5% Golbanleihe von 1886 74 1/8, do. 4 1/2% äußere Golbanleihe 55 1/2, neue 3% Reichsanleihe 83 1/2, - Diskont 2 1/4.

London, 18. Februar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Monat: Weizen 3 1/2

Berle 100, Hafer 6280 Orts. Sämmlliche Getreidearten sehr ruhig, unverändert, für fremden Weizen volle Preise gefordert. Wetter: dichter Nebel, Nachtfrost.

London, 18. Februar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. - Wetter: dichter Nebel.

Glasgow, 18. Februar. (Schluss.) Roheisen. Mired numbers warrants 46 sh. 9 1/2 d.

Liverpool, 18. Februar. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Eräge. Middl. amerikanische Lieferungen: per Februar-März 4 1/2 3/8 Käuferpreis, per März-April 4 1/2 1/8 do., per April-Mai 4 1/2 3/8 do., per Mai-Juni 5 1/2 3/8 do., per Juni-Juli 4 1/2 3/8 Werth, per Juli-August 5 1/2 3/8 Käuferpreis, per August-Septbr. 5 1/2 3/8 Werth, per September-Oktober 5 d. Verkäuferpreis.

Leih, 12. Febr. Getreidemarkt. Sämmlliche Artikel träge, leblos. Weizen fest gehalten, andere Artikel eher niedriger verkäuflich.

Petersburg, 18. Febr. Bankausweis. Kassenbestand 130 301 000, Discontirte Wechsel 17 313 000, Vorkauf auf Waaren 15 000, do. auf öffentl. Fonds 7731 000, do. auf Actien und Obligationen 11 273 000, Contocorr. des Finanzministeriums 110 382 000, sonstige Contocorrente 43 783 000, verzinsliche Depots 28 300 000.

Newyork, 17. Februar. (Schluss-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,85 1/2, Cable-Transfers 4,88 1/2, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,19 3/8, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 3/8, 4% fundirte Anleihe 120 1/2, Canadian-Pacific-Actien 74 1/8, Central-Pacific-Actien 29, Chicago u. North-Western-Actien 108 1/2, Chic., Mil.-u. St. Paul-Actien 55, Illinois-Central-Actien 96, Lake-Chicago-Michigan-South-Actien 111 1/8, Louisville u. Nashville-Actien 75 1/8, New. Lake-Erie- u. Western-Actien 19 1/8, Penn. Lake-Erie- u. West. second Mort. Bonds 100 3/4.

Berliner Fondsbörse vom 18. Februar.

Mit Ausnahme von Paris, das sorgfältig feste Tendenz meidet, hatten die auswärtigen Blähe in ihrem Abendverkehr mit Anblick auf die hier zum Schluss eingetretene Ermattung abgeschwächte Notierungen gefandt, die nicht ohne Einfluss auf unsere heutige Börse bleiben konnten, zumal andere Meldungen anregender Natur vollständig fehlten. Die geschäftlichen Transactionen bewegten sich demgemäß wieder in den engsten Grenzen zu Courten, die nur wenig gegen ihren letzten Stand differirten, aber doch eher eine Neigung nach abwärts zeigten. Auch im weiteren Laufe des Verkehrs machte sich nur vorübergehend eine Zunahme der geschäftlichen Transactionen und eine leichte Befestigung der Tendenz bemerkbar, so daß schließlich ungefahr gestrige Course maßgebend blieben. Von

Bankactien hatten sich nur einzelne etwas lebhaftere Beachtung zu erfreuen. Inländische Eisenbahnactien wurden in sehr geringem Umfange gehandelt. Ausländische Bahnen bei mäßigen Umsätzen meist behauptet. Etwas lebhaftere Beachtung fanden Warschau-Wiener, russische Südwestbahn, Franzosen, die in ihrer Mehrheit jedoch sehr matt lagen. Montanwerthe ließen im allgemeinen eine feste Tendenz erkennen. Andere Industriepapiere mehr beachtet und besser bezahlt. Fremde Fonds und Anleihen ruhig und vereinzelt lebhafter und besser. Preussische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe etc. ruhig, fest. Sehr lebhafter Beachtung begegnete wiederum die Subscription der neuen 3% Anleihen zum Course von 85,50 und 85,60 %. Privatdiscont 2 3/8 %.

Table with 2 columns: Deutsche Fonds, Deutsche Reichs-Anleihe, do. do., do. do., Konsolidirte Anleihe, do. do., do. do., Staats-Schuldsscheine, Ostpreuss. Prov.-Oblig., Westpr. Prov.-Oblig., Landb. Centr.-Pfdbr., Ostpreuss. Pfandbriefe, Pommerische Pfandbr., do. do., Posenische neue Pfdbr., do. do., Westpreuss. Pfandbriefe, do. neue Pfandbr., Pomm. Rentenbriefe, do. do., Preussische do.

Table with 2 columns: Poln. Liquidat.-Pfdbr., Poln. Pfandbriefe, Italienische Rente, Rumänische Anleihe, do. fundirte Anl., do. amort. do., do. 4% Rente, Türk. Admin.-Anleihe, Türk. conv. 1/2 Anl. Ca. D., Serbische Gold-Pfdbr., do. Rente, do. neue Rente, Hypotheken-Pfandbriefe, Danz. Hypoth.-Pfandbr., do. do., Dtsch. Grundb.-Pfdbr., Hamb. Hypoth.-Pfdbr., Meiningen. Hyp.-Pfdbr., Nordd. Grd.-Ed.-Pfdbr., Pomm. Hypoth.-Pfdbr., neue gar., alle do. do., do. do. do., III. IV. Em., Br. Bod.-Cred.-Act.-Bh., Br. Central-Bod.-Cr.-B., do. do. do., do. do. do., Br. Hypoth.-Actien-Bh., Br. Hypoth.-N.-A.-G.-C., do. do. do., do. do. do., Stettiner Nat.-Hypoth., do. do., do. do., Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr., Russ. Central-

Table with 2 columns: Lotterien-Anleihen, Bad. Prämien-Anl. 1867, Baier. Prämien-Anleihe, Braunschw. Pr.-Anleihe, Goth. Präm.-Pfandbr., Hamburg. 50thlr.-Loose, Köln-Mind. Pr.-G., Lübecker Präm.-Anleihe, Dester. Loose 1854, do. Cred.-L.v. 1858, do. Loose von 1860, do. do. 1864, Oldenburger Loose, Pr. Präm.-Anleihe 1855, Raab-Gratz 100L.-Loose, Ruf. Präm.-Anl. 1864, do. do. von 1866, Ung. Loose, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien, Aachen-Mastricht, Mainz-Ludwigshafen, Marienb.-Mlawka-St.-A., do. do. St.-Pr., Ostpreuss. Südbahn, do. St.-Pr., Saal-Bahn St.-A., do. St.-Pr., Stargard-Posen, Weimar-Cera gar., do. St.-Pr., Galizier, Gotthardbahn

Table with 2 columns: Finsen vom Staate gar. Div. 1889, Kronpr.-Rud.-Bahn, Lüttich-Limburg, Dester. Franz.-St., do. Nordwestbahn, do. Lit. B., Reichsb.-Pardub., Russ. Staatsbahnen, Russ. Südwestbahn, Schweiz. Union, do. Westb., Südböhr. Lombard, Warschau-Wien, Ausländische Prioritäten, Gotthard-Bahn, +Staten. 3% gar. E.-Pr., Raab-Öberb. Gold-Pr., Kronpr.-Rudolf-Bahn, Dester.-Fr.-Staatsb., Dester. Nordwestbahn, do. Elbthal, Südböhr. B. Comb., do. 5% Oblig., Ungar. Nordostbahn, do. do. Gold-Pr., Anatol. Bahnen, Brest-Gragnow, +Rursh-Charkow, +Rursh-Kiew, +Mosko-Kjafan, +Mosko-Smolensk., +Rbinsk-Bologone, +Kjafan-Kostlow, +Warschau-Lerespol, Oregon Railw. Nav. Bds., Northern-Pacif.-Eis. III., do. do.

Table with 2 columns: Bank- und Industrie-Actien. 1889, Berliner Rassen-Berein, Berliner Handelsgef., Berl. Prod. u. Hand.-A., Bremer Bank, Bresl. Discontobank, Daniger Privatbank, Darmstädter Bank, Deutsche Genossensch.-B., do. Bank, do. Effecten u. W., do. Reichsbank, do. Hypoth.-Bank, Disconto-Command., Gothaer Grundr.-Bh., Hamb. Commerz.-Bank, Hannoverische Bank, Königsb. Vereins-Bank, Lübecker Comm.-Bank, Magdab. Privat-Bank, Meiningen. Hypoth.-B., Norddeutsche Bank, Dester. Credit-Anstalt, Pomm. Hyp.-Act.-Bank, do. do. conv. neue, Posener Provinz.-Bank, Preuss. Boden-Credit, Br. Centr.-Boden-Cred., Schaffhaus. Bankverein, Schlesischer Bankverein, Südb. Bod.-Credit-Bh., Danziger Delmühle, do. Prioritäts-Act., Reusfeldt-Metalwaaren, Actien der Colonia, Leipziger Feuer-Versich., Bauverein Passage, Deutsche Baugesellschaft

Table with 2 columns: A. B. Omnibusgesellschaft, Gr. Berl. Pferdebahn, Berlin. Pappen-Fabrik, Wilhelmshütte, Oberbleich. Eisen-B., Berg- u. Hüttengesellschaften, Div. 1889, Dortm. Union-St.-Brior., Königs- u. Laurahütte, Stolberg, Zink, do. St.-Pr., Victoria-Hütte, Wechsel-Cours vom 18. Februar, Amsterdam, do., London, do., Paris, do., Brüssel, do., Wien, do., Petersburg, do., Warschau

Table with 2 columns: Discont der Reichsbank 3%, Sorten, Dukaten, Sovereigns, 20-Francs-St., Imperials per 500 Gr., Dollar, Englische Banknoten, Französische Banknoten, Oesterreichische Banknoten, Russische Banknoten